

mo

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 49



ELFRIEDE JELINEK
setzt auf
SOS Mitmensch

VLADIMIR VERTLIB
Wie Österreich sich
verändert hat



ZIVILGESELLSCHAFT UNLIMITED!

25 JAHRE

SOS MITMENSCH



Was MO-KolporteurInnen erleben

Illustration: PM Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



Wechselgeld behalten? Da kommt Freude auf.



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Foto: Alexander Pollak

Seit 25 Jahren im Einsatz für Menschenrechte.

W

Liebe Leserin
Lieber Leser

Wenn die Initiative SOS Mitmensch am 21. Jänner bei einer Matinee im Burgtheater ihr 25-jähriges Bestehen feiert, dürfte es kurz zuvor zur Neuauflage der schwarzblauen Regierungskoalition gekommen sein. Reiner Zufall, wenngleich manche für die kommenden Jahre NGOs besonders gefragt sehen. Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek zum Beispiel. Sie schreibt in ihren Glückwünschen zum Jubiläum, dass sie bereits einen dumpfen Hass spüre und setzt auf SOS Mitmensch beim Versuch, wenigstens die Schwächsten zu schützen. Ein guter Punkt, bedenkt man, wie sich Stimmungen in Österreich, und auch anderswo gedreht haben. Menschen, die von ein paar Euro pro Tag in (demokratisch) maroden Staaten in Afrika leben, wo die durchschnittliche Lebenserwartung oftmals kaum über 50 Jahre liegt, eignen sich in vergleichsweise superreichen Gesellschaften immer noch als Wahlkampfmotor: mit diesem Schreckgespenst lassen sich erfolgreich Regierungsmehrheiten bilden. Das mag billig wirken, aber noch sind wir dieser Rhetorik nicht müde. Währenddessen machen die neuen Regierungspartner sich daran, ihre neoliberale Agenda umzusetzen und Österreich umzubauen. Interessant wird, wenn die Leute merken, was es heißt, dass der geschmähte Sozialstaat bröckelt.

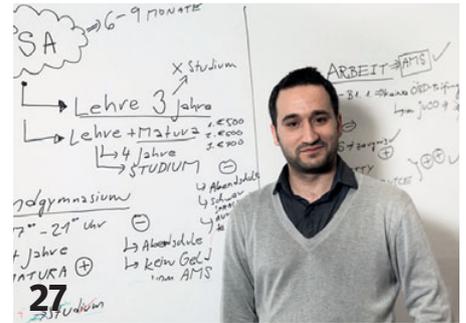
Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell



25 Jahre SOS Mitmensch / Foto: Gizem Morkoc



Die reaktionäre Utopie / Illustration: P.M. Hoffmann



Der Einzelkämpfer / Foto: Karin Wasner

Einstieg

2 CARTOON

Was MO-KolporteurInnen so erleben.

3 EDITORIAL

7 HANDLUNGSBEDARF

Warum es in den kommenden Jahren Wachsamkeit und Zivilcourage braucht. *Kommentar: Alexander Pollak*

Dossier: 25 Jahre SOS Mitmensch

8 EIN KAMPF GEGEN WINDMÜHLEN?

Vor 25 Jahren wurde SOS Mitmensch als Reaktion auf das „Anti-Ausländer-Volksbegehren“ gegründet. Doch wieviel Macht hat die Zivilgesellschaft?

Text: Clara Akinyosoye

12 CONGRATS!

Für Zusammenhalt und gegen Ausgrenzung - Glückwünsche und anerkennende Worte für 25 Jahre Menschenrechtsarbeit.

Gesammelt von Gizem Morkoc

16 DIE REAKTIONÄRE UTOPIE

Der Schriftsteller Vladimir Vertlib wurde im gleichen Jahr österreichischer Staatsbürger, als Jörg Haider die FPÖ übernahm. Gedanken über ein Land mit brüchiger nationaler Identität und dessen Veränderungen. *Essay: Vladimir Vertlib*

21 AUF SCHWARZEN LISTEN

In Ländern wie Ungarn und Polen engen rechtspopulistische Regierungen die Räume der Zivilgesellschaft ein. Welche Rolle kommt NGOs hier zu?

Text: Kathrin Wimmer

Welt

24 KLIMATISCHER RECHTSRUCK

Noch nie gab es so viele Korporierte im Parlament. Welchen Einfluss werden sie auf die mögliche schwarzblaue Regierung haben?

Text: Bernhard Weidinger

27 DER EINZELKÄMPFER

Porträtreihe: Drei Jahre nach seiner Ankunft in Österreich ist Ameer Ibrahim in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Eine Geschichte über Durchhaltevermögen, Leistung und Optimismus.

Porträt: Muhamed Beganovic

30 DAS TÖDLICHE GESCHLECHT

Das tiefkatholische Lateinamerika gilt als eine der gefährlichsten Weltgegenden für Frauen. Nun protestieren Hunderttausende gegen tradierte Gewalt, die selbst einen eigenen Namen erhielt:

Femizid. Text: Milena Österreicher

33 IMPRESSUM

Rubriken

34 BINATIONALE PAARE

Lisa und Strahnja im Porträt.

Text und Fotos: Karin Wasner

36 KOLUMNEN

Martin Schenk: Über Gesundheits-Apps und Selbstoptimierer.

Philipp Sonderegger: Warum ist Sebastian Kurz so erfolgreich?

Clara Akinyosoye: Das Fehlen einer antirassistischen Kraft im Parlament ist ein Problem

38 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

Text: Nour El-Houda Khelifi

40 MEDIEN

Bücher: Fair reisen / Genug gejammert / Das geträumte Land

Die Geschichte der Bienen / Eine kurze Geschichte von sieben Morden

45 SOS MITMENSCH

Pass egal. Das ist auch meine Wahl!

46 ANDERE ÜBER ...

Elfriede Jelinek über SOS Mitmensch und den Versuch, die Schwächsten vor dem aufkeimenden Hass zu schützen.

STADT WIEN LIVE-APP.

Echtzeitinfos direkt aufs Smartphone.



Mit der Stadt Wien live-App hat man Informationen und Services immer in der Hand. 80.000 UserInnen nutzen bereits das digitale Angebot für mobile Endgeräte. Mit der Möglichkeit personalisierter Informationen in Echtzeit, von Wetterwarnungen über Verkehrsinfos der Wiener Linien bis hin zu Veranstaltungen. Wartezeiten der Bezirksämter können mit der Stadt Wien live-App ebenso einfach abgerufen werden wie Kurzparkzonen und WLAN-Standorte im digitalen Stadtplan.

Nähere Infos zur Stadt Wien live-App auf www.wien.at/live/app



Stadt  Wien

Motivtorten

Cafe-Konditorei und Tortendesign



0650/606 37 97
www.motivtorten.at
office@motivtorten.at
1190 Wien
Saarplatz 8

HANDLUNGSBEDARF

Feinde der Demokratie

Warum es in den kommenden Jahren Wachsamkeit, Zivilcourage und einen erhobenen Kopf braucht.

Kommentar: Alexander Pollak

„Nestbeschmutzer“, „Volksverräter“, „Antidemokraten“, „Hetzer“. All diese Worte, bis hin zur Drohung „ihr gehört alle erschossen“, wurden SOS Mitmensch in den vergangenen Wochen in sozialen Netzwerken, Telefonanrufen und E-Mails entgegengeschleudert. Was wir getan haben? Wir haben die Öffentlichkeit über die rechtsextremen und neonazinahen Verstrickungen der FPÖ-Parteiführung informiert.

Ein Beispiel von vielen: Im Sommer 2015 verleumdete und beschimpfte das von der FPÖ mitfinanzierte Magazin „Aula“ die Überlebenden des KZ Mauthausen als „Massenmörder“ und „Landplage“. In der gleichen Ausgabe fand sich auch ein FPÖ-Inserat, ein Interview mit FPÖ-Vizeparteiobmann Gudenus und eine Rede des FPÖ-Regierungsverhandlers Kassegger, die mit den Worten „Heil Deutsche Burschenschaft!“ endete.

Noch unfassbarer ist jedoch, was danach geschah. Die FPÖ-Führung distanzierte sich nicht von der Beschimpfung der KZ-Überlebenden. Im Gegenteil, sie überschüttete das neonazinahe Magazin in der darauffolgenden Ausgabe mit Inseraten, darunter auch Inserate, auf denen Partei-Obmann Heinz-Christian Strache und Vizeparteiobmann Manfred Haimbuchner zu sehen ist.

Dieser Vorgang liegt erst zwei Jahren zurück. Es ist nur ein Beispiel von vielen, das klar macht, dass der FPÖ-Parteiobmann

seine Vergangenheit als Aktivist im Neonazimilieu nie wirklich aufgearbeitet hat. Strache ist Zeit seiner politischen Karriere dem rechtsextremen und sogar neonazinahen Milieu eng verbunden geblieben. Und er ist damit in seiner Partei nicht allein. SOS Mitmensch hat darauf hingewiesen und hält es für verantwortungslos und untragbar, solche Personen in Ministerämter zu befördern.

In diesem Zusammenhang haben wir auch versucht, mit den EntscheidungsträgerInnen der ÖVP in Kontakt zu treten. Wir haben Obmann Sebastian Kurz an fünf seiner Aussagen erinnert, in denen er null Toleranz gegenüber Antisemitismus, Rassismus, Extremismus, Sexismus und Menschenrechtsabbau eingefordert hat. Wir haben Kurz auch darauf hingewiesen, dass er diese Ansprüche in einer Verbindung mit der derzeitigen FPÖ-Führung nicht einlösen kann.

Die Demokratie verächtlich gemacht

Bedeutet diese Aktivitäten von SOS Mitmensch nun, dass wir das Wahlergebnis nicht anerkennen, wie uns von manchen entgegengehalten wird? Nein, wir handeln in vollem Respekt gegenüber einem Wahlergebnis, das die Zusammensetzung des Parlaments bestimmt, aber nicht die Zusammensetzung der Regierung. Diese ist Verhandlungssache. Es gehört untrennbar zu einer Demokratie dazu, sich zu Verhand-

lungssachen zu Wort zu melden, auch aktivistisch.

Wirklicher Antidemokrat ist, wer die Demokratie und die ihr innewohnenden Grundsätze und Grundrechte verachtet. Die FPÖ-Parteiführung finanziert seit Jahren Kreise, die die Demokratie verächtlich machen und über demokratische Institutionen und demokratische Prinzipien, wie etwa die Rechte von Minderheiten, herziehen.

Die Fakten, die unsere Recherchen über die Parteispitze der FPÖ ans Tageslicht gebracht haben, nehmen wir sehr ernst. Wer seit Jahren durchgängig rechtsextreme und neonazinahe Kreise fördert, will auch deren gefährliche Ziele umsetzen.

Es wird der FPÖ zwar auch mit ministerieller Macht nicht gelingen, unsere Demokratie auszuhebeln. Aber es muss davon ausgegangen werden, dass ihre Machttträger in Teilbereichen versuchen werden, ein Staatsmodell, das auf radikalem Nationalismus, Herrenrassendenken, antisemitischen Verschwörungstheorien, Frauenherabwürdigung und Demokratieverachtung gründet, umzusetzen.

Dagegen braucht es große Wachsamkeit, Zivilcourage, Solidarität, Aufklärung sowie die Bereitschaft zu Aktivismus und zum Erheben der Stimme – mit erhobenem Kopf, denn die Resignation von DemokratInnen ist eine der schärfsten Waffen der Feinde der Demokratie.



Illustration: Petja Dimitrova



EIN KAMPF GEGEN **WINDMÜHLEN?**

Vor 25 Jahren wurde SOS Mitmensch gegründet, um dem sogenannten Anti-Ausländervolksbegehren der FPÖ etwas entgegenzusetzen. Seitdem setzt sich die NGO für Menschenrechte und gegen diskriminierende Politik ein. Doch wie viel Macht hat die Zivilgesellschaft?

Text: Clara Akinyosoye



Politiker-Empfang durch SOS-Mitmensch-Sprecher Alexander Pollak: Wie hält es Sebastian Kurz mit dem nächsten Regierungspartner?

Mauthausen-Befreite als Massenmörder“ – der Satz prangt in großen Lettern auf einem Schild, das auf einem einfachen Holzständer vor einem Panzer des österreichischen Bundesheeres positioniert wurde. Es ist eines von vielen Plakaten, mit denen SOS Mitmensch Verstrickungen der FPÖ in neonazistische Kreise beweisen will: aufgestellt vor der Präsidentschaftskanzlei am Nationalfeiertag. Die Wanderausstellung der Menschenrechtsorganisation ist soetwas wie ein Störsignal, eine höfliche, aber bestimmte Intervention, die zumindest kurz mit der Gemütlichkeit des Feiertags bricht. Einem Tag, an dem viele Menschen in der Wiener Innenstadt das Befreitsein von den Besatzern feiern. Für Alexander Pollak, seit 2011 Sprecher von SOS Mitmensch, ist es eine passende Gelegenheit, um öffentlich-

keitswirksam gegen eine Regierungsbeteiligung der FPÖ zu argumentieren.

Von Hietzing zum Heldenplatz

Die Opposition zur Politik der Freiheitlichen Partei führt wie ein roter Faden durch die Arbeit von SOS Mitmensch. War es doch 1992 „Österreich zuerst“, besser bekannt als Anti-Ausländervolksbegehren der FPÖ, das zur Gründung der NGO führte. Es waren Bürgerliche – KünstlerInnen, JournalistInnen sowie PolitikerInnen verschiedener Couleur: Grün, Rot und Schwarz – die nach einem Treffen in André

AKTEURINNEN VON GRÜN, ROT UND SCHWARZ BILDETEN DIE „ALLIANZ DER VERNUNFT“.

Hellers Wohnung in Hietzing die „Allianz der Vernunft“ bildeten und am 10. Dezember 1992 SOS Mitmensch ins Leben riefen. Mit dabei waren Musiker Willi Resitarits genauso wie der damalige Caritas-Direktor Helmut Schüller und Ex-Grünen-Politiker Peter Pilz. Zusammen organisierten sie innerhalb weniger Wochen das Lichtermeer am Heldenplatz, mit 300.000 TeilnehmerInnen und Teilnehmern die größte Kundgebung der Zweiten Republik.

In Opposition zu Schwarz-Blau

Aus der bunt gemischten Plattform wurde aber bald eine eigenständige NGO, die zunehmend als Mahnerin der SPÖ-ÖVP-Regierung auftrat. Die MitstreiterInnen aus den Parteien und SOS Mitmensch gingen getrennte Wege. Die NGO professionalisierte und etablierte sich als Kampagnenorganisation. Nicht jede Kampagne war von Erfolg gekrönt, erzählt der ehemalige Sprecher der Menschenrechtsorganisation Philipp Sonderegger, der sie elf Jahre lang entscheidend mitformte. So scheiterte etwa der Versuch, im Jahr 2000 Druck für eine Neuwahl aufzubauen, um eine Regierungsbeteiligung der FPÖ zu verhindern. „Die Kampagne hat nicht gegriffen.“ Trotzdem konnte die NGO, die sich damals durch ein langfristiges Spendensystem „auf gesunde finanzielle Beine“ stellte, ihre Kampagnenfähigkeit unter der ÖVP-FPÖ-Regierung unter Beweis stellen. SOS Mitmensch initiierte Proteste gegen Schwarz-Blau, die sich im Zeitalter vor Facebook und Twitter, vor allem auf den Straßen abspielten. Der Nebeneffekt: Die NGO wurde nur noch als Opposition gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung wahrgenommen. „Medien haben nur noch Anfragen zu Schwarz-Blau gestellt“, erinnert sich Sonderegger. Es habe gedauert bis „wir uns wieder als Asylorga-



Der Ute Bock Preis für Zivilcourage wird von SOS Mitmensch jährlich vergeben. Im Bild die PreisträgerInnen von 2015: der Flüchtlingshelfer Siegfried Stupnig und die Initiative „Flucht nach vorn“.

nisation positionieren konnten“. Mit Nadja Lorenz machte SOS Mitmensch 2004 eine prominente Menschenrechtsanwältin zur Vorsitzenden, die die Organisation bis 2014 leitete und prägte.

Ein Tisch für Ute Bock

Als zentrale Aufgabe der NGO sah Sonderegger immer die Stärkung anderer zivilgesellschaftlicher AkteurInnen. So baute SOS Mitmensch die Infrastruktur für Ute Bock auf – „vom Tisch bis zum Verein“, und half der Initiative Ehe ohne Grenzen nach ihrer Gründung. Der Antirassismus-Verein ZARA war in den ersten Jahren Untermieter in den Räumlichkeiten von SOS Mitmensch. Die Stärkung der Zivilgesellschaft sei auch heute notwendig, sagt Sonderegger. „Verschiedene Kräfte versuchen die Zivilgesellschaft zu diskreditieren“, – etwa indem NGOs als „Asylindustrie“ abgestempelt oder kriminalisiert werden.

SOS Mitmensch – politisch verfolgt

2004 ermittelte das Bundeskriminalamt monatelang gegen die damalige NGO-Vorsitzende Lorenz und Georg Bürstmayr, ebenfalls Menschenrechtsanwalt. Die Vorwürfe: Schlepperei und Aufruf zum Ungehorsam gegen Gesetze. Lorenz sollte „um jeden Preis angezeigt werden“, zitierte die Wochenzeitung Falter aus Ermittlerkreisen. Der damalige Innenminister Ernst Strasser (ÖVP) wolle KritikerInnen seiner Asylpolitik „als

Schlepper hinter Gittern sehen“, schrieb Falter-Journalist Florian Klenk. Amnesty International sprach von „klassischer politischer Verfolgung“. Die Ermittlungen gegen Bürstmayr und Lorenz wurden schließlich eingestellt. Der Eindruck, dass zivilgesellschaftliche AkteurInnen eingeschüchtert werden sollten, blieb. Schon ein Blick nach Ungarn zeigt, dass die Schwächung der Zivilgesellschaft ein erklärtes Ziel einer Regierung im Herzen Europas sein kann. Auch in der heimischen NGO-Szene befürchten einige, unter einer kommenden ÖVP-FPÖ-

EINE AUFGABE DES VEREINS: DIE STÄRKUNG ANDERER ZIVILGESELLSCHAFTLICHER AKTEURINNEN.

Regierung könnte die Zivilgesellschaft unter Druck geraten – etwa indem Vereinen Förderungen gestrichen werden. So drohte kürzlich ein FPÖ-Politiker in einer Fernsehdiskussion damit, es würde SOS Mitmensch „der Geldhahn abgedreht“, sobald seine Partei in der Regierung ist. Dann sei „Sense mit dem Schwachsinn, der verbreitet wird“. Allerdings erhält SOS Mitmensch keine staatlichen Gelder, sondern finanziert sich ausschließlich durch private Spenden. Genau deshalb müsse man erst recht solidarisch mit NGOs sein, die bedroht sind, sagt der Sprecher von SOS-Mitmensch, Alexander Pollak.

Grüner Zulauf zur Zivilgesellschaft

Ein positives Szenario für die NGO-Szene zeichnet Politologin Kathrin Stainer-Hämmerle: Durch das Ausscheiden der Grünen aus dem Nationalrat könne es auch zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft kommen. Die mehr als 100 MitarbeiterInnen, die nun arbeitslos geworden sind, hätten viel Know-how aufgebaut. „Sie verstehen das politische Lobbyinggeschäft und kennen die Strukturen von innen“, seien damit wertvolle MitarbeiterInnen „für Initiativen, die lernen wollen, wie man ins politische System interveniert“, sagt Stainer-Hämmerle. Zulauf könnten NGOs, die auf ehrenamtliche Unterstützung bauen, auch durch die Menschen erhalten, die in der Vergangenheit Grün gewählt haben und sich nun „unter Umständen nicht mehr vertreten fühlen“. Dies steigere die Bereitschaft für zivilgesellschaftliches Engagement. Falls es unter einer ÖVP-FPÖ-Regierung tatsächlich zu einer Schwächung der Sozialpartner kommen sollte, könnte zudem eine Allianz der NGOs mit den Gewerkschaften entstehen, so die Politologin. „Hier könnte viel in Bewegung kommen“.

Hofer verhindert

Im Fall einer Koalition mit der FPÖ werde es Proteste auf der Straße geben, kündigte Alexander Pollak an. Wie im Jahr 2000 warnt die NGO vor einer Regierungsbeteiligung der FPÖ. „Keine Koalition mit dem

Schlecht informiert: SOS Mitmensch den „Geldhahn abgedreht“ wollte kürzlich ein FP-Politiker. Der Verein finanziert sich jedoch ausschließlich durch Spendengelder.



Rassismus“, mahnte man damals. „Rechts-extreme und neonazinahe Personen könnten in Ministerämter gelangen“, warnt man auch heute. Die Schwarz-Blau-Koalition kam trotzdem und erlebt nun voraussichtlich eine Wiederauflage. Ein Kampf gegen Windmühlen? „Man hat oft das negative Bild einer Zivilgesellschaft, die scheitert“, sagt Pollak. „Wir haben keine Allmachtsphantasien“, aber durch Informationsarbeit, das Aufbauen von Druck und die Unterstützung vieler Menschen, sei schon viel gelungen. Nachdem der Verfassungsgerichtshof 2016 die Wahl von Alexander Van der Bellen zum Bundespräsidenten für ungültig erklärt hatte, startete SOS Mitmensch vor der Wahlwiederholung eine Wahlmunterkeitskampagne: Prominente riefen in Videos zum Wählen auf. Und die NGO veröffentlichte Recherchen über die Nähe Hofers zu der für antisemitische und rassistische Inhalte bekannten Zeitschrift „Aula“. Durch die Zivilgesellschaft sei es gelungen, „zu verhindern, dass der Kandidat der extremen Rechten gewinnt“. Recherchen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, die SOS Mitmensch öffentlich machte, führten 2014 zum Rücktritt des FPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl Andreas Mölzer. Er hatte unter einem Pseudonym rassistische

Dirk Steermann bei der Pass Egal Wahl. Wer in Österreich seinen Lebensmittelpunkt hat und Steuern zahlt, soll auch wählen.



Fotos: Melanie Romstorfer, SOS Mitmensch



Josef Hader u.a. retournieren symbolisch das Fremdenrechtsgesetz; Hip-Hop-Band Schönheitsfehler auf SOS-Mitmensch-Bühne; Philipp Sonderegger im Gespräch; SOS-Mitmensch-Team im Einsatz.



Texte – etwa über Fußballspieler David Alaba – verfasst. Auch der damalige Kanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) forderten Mölzer nach den Enthüllungen und der öffentlichen Entrüstung darüber zum Rücktritt auf. Der Druck wirkte.

„Harte Bretter bohren“

Es sei die ureigene Aufgabe von NGOs, Themen in die Öffentlichkeit zu bringen und über öffentliche Debatten Druck aufzubauen, sagt Politologin Stainer-Hämmerle. Und zwar besonders die Themen, „die

„NACH DEM AUS DER GRÜNEN KÖNNTE VIEL IN BEWEGUNG KOMMEN.“
KATHRIN STEINER-HÄMMERLE

sonst nicht repräsentiert würden, weil die Fürsprecher zunächst fehlen“. Es sei ein Erfolg, wenn diese Themen dann auch „von Parteien aufgegriffen werden, bis hin zur Verankerung in den Programmen“. So war es etwa eine langjährige Forderung von SOS Mitmensch und anderen NGOs, dass AsylwerberInnen schon während des Asylverfahrens Deutschkurse besuchen dürfen. 2016 kam die Regierung der Forderung nach. Auch der Zugang zur Rot-Weiß-Rot-Karte wurde nach jahrelanger Kritik der NGOs erleichtert. Es seien „harte Bretter zu bohren“, sagt Pollak, doch es gelinge immer wieder. Wenig Aussicht auf baldige Umset-

zung hat die Forderung der NGO nach einem Wahlrecht für Menschen, die keine StaatsbürgerInnen sind, aber schon lange ihren Lebensmittelpunkt in Österreich haben, und nicht zuletzt hier Steuern zahlen. Seit Jahren kritisiert SOS Mitmensch, dass immer mehr Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind – ein demokratiepolitisches Problem. Um darauf aufmerksam zu machen, organisiert die NGO in Wahljahren die Pass-Egal-Wahl – eine Aktion, bei der Nicht-StaatsbürgerInnen ihre Stimme abgeben können. Das Interesse der Medien war dem Event auch dieses Jahr gewiss. Und damit war wieder ein Thema gesetzt. Um die Öffentlichkeit zu erreichen, setzt Alexander Pollak stark auf Aktivismus und Soziale Medien. Nicht unbemerkt blieb etwa die Kampagne der NGO, mit der sie vergangenes Jahr gegen die Kürzung der Mindestsicherung für Flüchtlinge mobil machte. Mit einem Schild in der Hand hatte Pollak PolitikerInnen empfangen, wo sie sich zu Tagungen oder Feierlichkeiten zusammenfanden. „Bevor ich als Politiker die Mindestsicherung auf weniger als die Hälfte kürze, halbiere ich mein Gehalt“ stand auf dem Schild geschrieben. Eine höfliche, aber bestimmte Intervention.

Clara Akinyosoye, arbeitet bei orf.at. Mitherausgeberin des Magazins „fresh – black austrian lifestyle“. Sie war Chefredakteurin von „M-MEDIA“ und leitete die Integrationsseite der Tageszeitung „Die Presse“.



CONGRATULATIONS GLÜCKWÜNSCHE

SOS Mitmensch ist 1993 „als Aufschrei entstanden“ (Erhard Busek) und tritt „für Zusammenhalt“ ein (Georg Kapsch).

Illustrationen: Eva Vasari



Erhard Busek

Ehemaliger ÖVP-Obmann und Vizekanzler

SOS Mitmensch ist als ein Aufschrei entstanden, der aufgrund einer aktuellen Organisation unendlich wichtig und auch wirkungsvoll war. Ich gedenke immer noch Eva Petrik, die geprägt durch Katholische Jugend und Katholische Aktion eine Sensibilität entwickelt hat, die mir auf diesem Gebiet in breiterem Sinn auch in der politischen Landschaft heute noch genauso notwendig ist. Zum 25-jährigen Jubiläum von

SOS Mitmensch kann ich nur wünschen, dass man, angepasst an die Herausforderungen der Zeit, genauso sensibel bleibt und im Sinne von Johann Baptist Metz Empathie und Compassion entwickelt – das fehlt uns nach wie vor.

Arash T. Riahi

Filmregisseur, Produzent

In Zeiten von zunehmender Ignoranz den anderen gegenüber, sei es aus politischen Gründen oder aus Mangel an Empathie oder sogar Zeit, ist es umso bemerkenswerter, dass es Menschen gibt, die so etwas wertvolles wie SOS Mitmensch schon seit 25 Jahren durchziehen. Sie sind unverzichtbare moralische Instanzen unserer Gesellschaft und gehören so lange unterstützt, bis das, wofür sie kämpfen, ein selbstverständlicher Bestandteil unserer Gesellschaft geworden ist.

Georg Kapsch

Unternehmer und Präsident der Industriellenvereinigung

Das Lichtermeer, an dem ich auch selbst teilnahm, war eine unglaubliche Demonstration für das Miteinander der Menschen und gegen Verhetzung. Eine Gesellschaft ist nur so gut und so zufrieden wie ihr Zusammenhalt. Ausgrenzung und Ablehnung fördern eine Gesellschaft nie, Inklusion bereichert. In diesem Sinne bedanke ich mich bei allen Menschen, die Initiativen wie SOS Mitmensch organisieren und unterstützen.

Manfred Nowak

Jurist, UN-Experte und Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte

Seit dem Lichtermeer 1993 stellt SOS Mitmensch so etwas wie ein österreichisches Gewissen für eine mitmenschliche, also solidarische Gesellschaft in Österreich dar von der kein Mensch ausgeschlossen werden soll. Herzliche Glückwünsche zum 25. Geburtstag.

Eva Dichand

Herausgeberin der Gratistageszeitung „Heute“

Gerade in Zeiten, wo Hetzen und Polarisieren in allen Lebensbereichen auf der Tagesordnung stehen, wird es immer wichtiger, dass es Menschen und Organisationen gibt, die darauf hinweisen, dass wir ALLE Menschen sind. Menschen mit den gleichen Grundbedürfnissen und den gleichen Grundrechten. Ein friedliches Zusammenleben ist für die gesamte Gesellschaft wichtig und sollte immer das Ziel aller sein.

Hans Peter Haselsteiner

Industrieller und ehemaliger Abgeordneter des Liberalen Forum

SOS Mitmensch kann man zum 25-jährigen Jubiläum nur ein Prädikat verleihen: Unerlässlich für die österreichische Gesellschaft.

Sophie Karmasin

Motivforscherin und Familienministerin (ÖVP)

Durch den unermüdlichen Einsatz für Menschenrechte leistet SOS Mitmensch seit 25 Jahren einen wichtigen Beitrag für einen kritischen Diskurs über die Entwicklungen in unserer Gesellschaft. Ich gratuliere herzlich zum Jubiläum!

Thomas Brezina

Kinder- und Jugendbuchautor, Fernsehmoderator, Produzent, Erfinder von Tom Turbo

Das Wort Mitmensch sagt so vieles: Menschen miteinander! Menschen mit Achtung füreinander für ein harmonisches Miteinander! Miteinander stark sein, statt gegeneinander schwächen! Die Herausforderungen meistern, die ein gedeihliches Miteinander mit sich bringt! Mit Liebe, Verständnis und Ideen für ein Miteinander - dafür steht seit 25 Jahren beharrlich und stark SOS Mit-

mensch. Herzliche Gratulation allen Menschen, die dieses starke Zeichen nicht nur aufrechterhalten haben, sondern immer wieder von Neuen zum Leuchten gebracht haben.

Oskar Deutsch

Unternehmer, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

Die Welt hat sich in den letzten 25 Jahren stark verändert, vieles leider nicht zum Guten. Prägende Ereignisse wie die Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA, Kriege im Nahen und Mittleren Osten, eine weltweite Bankenkrise, aber auch die wachsende Nutzung des Internets und sozialer Medien haben globale Auswirkungen. Umso größer ist heute der Bedarf an unabhängigen Organisationen wie SOS Mitmensch, die sich im demokratischen Rahmen, als Teil einer internationalen Bewegung, für ein gerechtes und humanes Zusammenleben der Menschen einsetzen. Ich wünsche SOS Mitmensch weiterhin viel Kraft und Erfolg für ihre wichtige Arbeit!

Ulrike Lunacek

Ehemalige EU-Abgeordnete der Grünen

SOS Mitmensch ist seit seiner Gründung vor 25 Jahren und dem Lichtermeer ein Lichtstrahl, ohne den Österreich viel dunkler wäre.

SOS Mitmensch ist die Stimme für Menschenrechte und gegen Rassismus, ohne die es in Österreich gefährlich still wäre.

Und SOS Mitmensch ist das Ohr für die Nöte von Menschen auf der Flucht und in sozialen Schwierigkeiten, ohne das das offizielle Österreich noch ignoranter taub wäre. Aus diesen und vielen anderen Gründen gratuliere ich SOS Mitmensch sehr herzlich zum Jubiläum und bedanke mich bei den AktivistInnen für ihren wertvollen Einsatz.

Günther Kräuter

Volksanwalt, Nationalratsabgeordneter der SPÖ

Der Schutz von Menschenrechten ist nichts Abstraktes, das bloß in entfernten Krisengebieten wichtig ist. Menschenrechte und deren Schutz spielen auch ganz konkret und Tag für Tag in Österreich eine Rolle – etwa in der Pflege, in Justizanstalten, betreffend Asylwerber oder in Psychiatrien. Die Aufga-

be der Volksanwaltschaft ist der präventive Menschenrechtsschutz. Sechs Expertenkommissionen der Volksanwaltschaft besuchen Einrichtungen, in denen es zu Freiheitsentzug kommt oder kommen kann, darunter auch Pflegeheime und Psychiatrien. Ziel ist es, Risikofaktoren für Menschenrechtsverletzungen frühzeitig zu erkennen und zu beheben. Im Rahmen des Menschenrechtsbeirats, der die Volksanwaltschaft berät, liefert dazu auch SOS Mitmensch wertvolle Beiträge. Diese Arbeit wird auch in Zukunft wichtig bleiben. In diesem Sinne wünsche ich SOS Mitmensch alles Gute zum Jubiläum – auf die nächsten 25 Jahre!

Ursula Strauss

Schauspielerin

Ohne Organisationen wie SOS Mitmensch wäre die Welt eine so viel ärmere. Ich bewundere die große Energie, Kraft und Empathie mit der jeder Einzelne von euch Menschen in Not beisteht und dort hilft wo es notwendig ist. Danke, dass es euch gibt.

Ruth Wodak:

Sprachwissenschaftlerin

SOS-Mitmensch ist eine sehr wichtige NGO, die für Antirassismus, gegen Antisemitismus und Xenophobie, und für die Einhaltung der Menschenrechte eintritt.

Sie hat tolle Aufklärungsarbeit geleistet und steht immer an vorderster Front, wenn es darum geht, PolitikerInnen und Medien „auf die Finger“ zu schauen. Vielen Dank dafür!

Die Arbeit von SOS-Mitmensch wird auch in den kommenden Jahren sehr wichtig sein, sogar noch relevanter, angesichts des massiven Rechtsrucks und der Enttabuisierung von Ausgrenzung in Mitteleuropa, so auch in Österreich.

Hans Peter Doskozil

Politiker (SPÖ), Bundesminister für Verteidigung und Sport

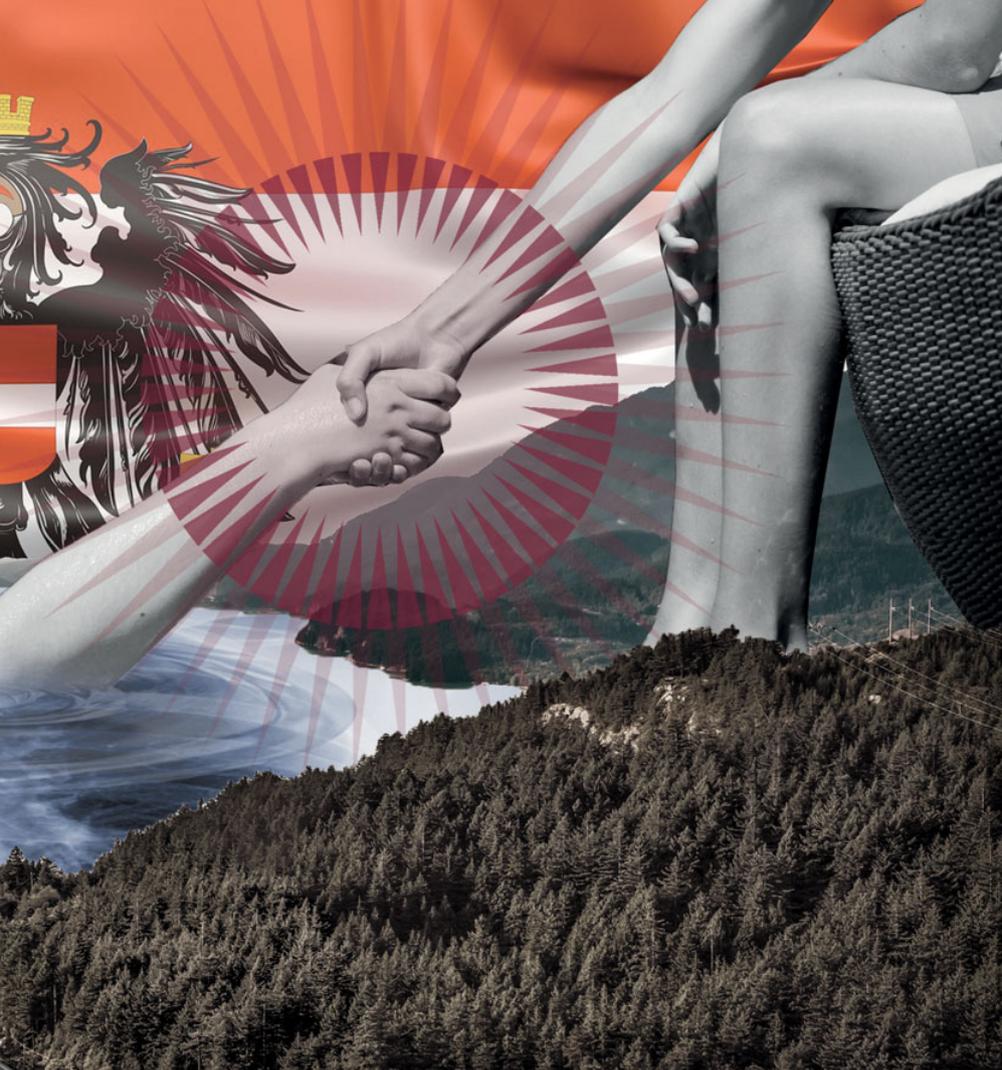
Seit nunmehr 25 Jahren ist SOS Mitmensch eine laute Stimme gegen Rassismus und für Menschenrechte. SOS Mitmensch leistet einen ganz wichtigen Beitrag für ein gedeihliches Miteinander in unserem Land. Ihr unermüdlicher Einsatz für mehr Gerechtigkeit, Fairness und Menschlichkeit ist beispielgebend. Dafür sind wir Ihnen zu großem Dank verpflichtet!



Barbara Stöckl

Fernseh- und Radiomoderatorin

Das größte Problem der Menschenrechte scheint mir hierzulande, dass die meisten Menschen glauben, dass wir kein Problem damit haben. Wir gehören zu denen, die die UN-Charta der Menschenrechte als große Errungenschaften des 20. Jahrhunderts ansehen, und haben eine Idee, was drinnen steht..... Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden (Art. 5). Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit (Art. 22). Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit (Art. 23). Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung (Art. 25). In Österreich alles kein Problem? Menschenrechte hamma eh? NGOs wie SOS



mensch immer wieder wahrnimmt. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle aufrichtig bedanken! Gleichzeitig müssen wir gemeinsam wachsam sein und allen autoritären und illiberalen Tendenzen in unserer Gesellschaft entschlossen entgegen wirken.

Toni Faber

Priester, Domkapitular in Wien

Menschenrechte sind unteilbar; ihre Umsetzung hängt jedoch nicht nur von ihrer Proklamation ab, sondern vor allem von genügend Tätigen der Nächstenliebe.

Franz Fischler

Politiker (ÖVP), ehemaliger EU-Kommissar

Menschenrechte brauchen eine starke Rückendeckung in der Gesellschaft. Seit 25 Jahren schaut SOS Mitmensch der Politik unermüdlich auf die Finger und schärft so unser aller Bewusstsein für Gleichberechtigung und Chancengleichheit – vielen Dank für diese wertvolle Arbeit!

Alexander Van der Bellen

Wirtschaftswissenschaftler, ehemaliger Politiker der Grünen, Bundespräsident von Österreich

SOS Mitmensch setzt sich seit 25 Jahren unermüdlich für Menschenrechte ein und leistet so einen wichtigen Beitrag für einen kritischen Diskurs über die Entwicklung unserer Gesellschaft. Das ist unverzichtbar in einer Demokratie. Herzlichen Dank für dieses langjährige Engagement. Ich gratuliere herzlich zum Jubiläum und wünsche alles Gute für die nächsten 25 Jahre.

Rainer Nowak

Journalist, Chefredakteur der Tageszeitung „Die Presse“

Am Lichtermeer nahm ich als Student mit meinem Vater teil. Es war ein unvergesslicher, weil bewegender und politisch wichtiger Abend auf dem Heldenplatz. Es war mehr als eine Demonstration, es war eine symbolische Grenzziehung breiter Gesellschaftsschichten gegen die Verengung. Keinesfalls dürfen die Tausenden damals und heute einer politischen Partei, Position oder Opposition zugerechnet werden. Die Idee war und muss weiter übergreifend sein.

Mitmensch haben die unverzichtbare Aufgabe, die Diskussion im Land am Laufen zu halten, Bewusstsein für dieses so wichtige Thema zu schaffen, deutlich zu machen, was bei uns und anderswo im Argen liegt. Vor 25 Jahren fand das Lichtermeer statt, als Zeichen der Toleranz, der Solidarität, des Miteinanders. Dass es SOS Mitmensch gibt, ist gut und wichtig. Dass es SOS Mitmensch geben muss, ist traurig. Damals wie heute.

Erwin Pröll

Politiker (ÖVP), ehemaliger Landeshauptmann von Niederösterreich

Demokratie heißt Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt. SOS Mitmensch setzt sich für diese grundlegenden Werte ebenso ein wie für Menschenrechte, Gleichberechtigung und soziale Balance. Engagiert und beherzt legt SOS Mitmensch seit zweieinhalb Jahrzehnten den Finger der Mitmenschlichkeit in größere und kleinere Wunden in unserer Republik. Dass das notwendig ist, steht außer Zweifel – auch wenn man im Sinne von anfangs erwähnter Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt nicht immer alles uneingeschränkt teilt, was

SOS Mitmensch vertritt. Umso herzlichere Glückwünsche zum Jubiläum und weiterhin alles Gute.

Arabella Kiesbauer

Fernsehmoderatorin

Als SOS Mitmensch 1992 das Lichtermeer initiierte, war das ein dringend nötiges Zeichen für Demokratie und Zivilcourage und gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Leider hat dieses Engagement nichts an Aktualität verloren.

Füreinander da zu sein und respektvoll miteinander umzugehen, ist wahrscheinlich heute noch wichtiger als vor 25 Jahren.

Beate Meinl-Reisinger

Nationalratsabgeordnete der NEOS

Gratulation an SOS Mitmensch zum 25-jährigen Jubiläum! Gleichheit vor dem Gesetz und die Einhaltung der Menschenrechte sind wesentliche Grundpfeiler einer Demokratie und unserer Wertegemeinschaft. Mängel in diesen Bereichen anzusprechen ist eine Aufgabe, die SOS Mit-

DIE REAKTIONÄRE UTOPIE

„Sie sind ein Reisender“, erklärte mir unlängst ein Herr in einem sozialen Netzwerk, „ein Gestrandeter“, der „völlig entwurzelt“ in Österreich lebt. Gedanken über Österreich, meine Heimat, und deren Veränderung seit 1986.

*Essay: Vladimir Vertlib
Illustrationen: P.M. Hoffmann*

Vor kurzem nahm ich in einem sozialen Netzwerk an einer Diskussion zum Thema „offene Gesellschaft“ teil. Für einen meiner Gesprächspartner, einen gebildeten Herrn, waren meine Überlegungen zu diesem Thema ein rotes Tuch. Was ich geschrieben hatte, erinnerte ihn an die „Egozentrik von Genderidiotinnen“, die unterbewusst ihr wurzelloses Dasein so sehr verabscheuen, dass sie nur den Ausweg sehen, ihr ganz persönliches Schicksal der Welt als universelles Lebensmodell zu verkaufen, anstatt einfach mit ihrem Anderssein zu leben und dem Rest der Gesellschaft nicht auf den Sack damit zu gehen.“ Meine „Rhetorik“, sei die „eines Gestrandeten, der nun völlig entwurzelt, heimatlos, die schlechteste aller Möglichkeiten ergreift, mit dem eigenen Schicksal fertig zu werden: es zum Ideal erklären. Und Leute, die eine echte Heimat, Sprache und Kultur besitzen und weiter darin leben möchten, als Hinterwäldler zu bezeichnen.“ Was eine „echte Heimat“ sei, wollte er mir allerdings nicht verraten. Das würde jemand wie ich sowieso nicht verstehen,

meinte er. „Sie sind ein Reisender“, erklärte er mir. „Das ist Ihr unfreiwilliges Schicksal und Ihre Bürde. Hören Sie auf, es anderen aufzuhalsen.“ Andere Teilnehmer des Blogs pflichteten diesem Herrn sofort bei, erklärten, Grenzen sollten geschlossen werden und der Islam gehöre eingedämmt... Seltsam: Ich hatte im Zusammenhang mit der offenen Gesellschaft lediglich darauf hingewiesen, dass Nationalstaaten im

ICH HATTE BLOSS DARAUF HINGEWIESEN, DASS IDENTITÄT UND KULTUR NIEMALS STATISCH SIND.

klassischen Sinne der Vergangenheit angehören, dass Identität und Kultur niemals etwas Statisches, sondern grundsätzlich – auch ohne Zuwanderung oder die Ankunft von Flüchtlingen – Einflüssen von außen und einer steten Veränderung unterworfen seien. Wandelbarkeit und Offenheit ist ja das Wesen von Kultur schlechthin, wolle man sie nicht auf Bräuche und Sitten reduzieren, und auch diese

bleiben bekanntlich nicht ewig gleich. Mit keinem Wort hatte ich erwähnt, ich wolle mein eigenes Schicksal jemandem aufhalsen. Wer wie ich zwischen dem 5. und 16. Lebensjahr zwölfmal von einem Land in ein anderes umziehen musste, wünscht dies niemandem – nicht als Erfahrung und schon gar nicht als Lebensmodell... Die Ansichten des eingangs zitierten Herrn sind exemplarisch für viele Menschen, die politisch rechts der Mitte stehen. Er und seinesgleichen hängen, ähnlich den Islamisten, einer reaktionären Utopie nach, einem Fundamentalismus, der auf eine bessere, auf scheinbar sicheren Identitäten beruhende Welt in der Vergangenheit verweist, eine Welt, die es nie gegeben hat, die aber als Verkärter, von äußeren und inneren Feinden angeblich immer heftiger bedrohter Sehnsuchtsraum als Heimat definiert wird. Als ich im Alter von sechseinhalb Jahren in einen Wiener Hort für Knaben kam, mussten die anderen Kinder und ich folgendes Gedicht aufsagen: „Wer die Heimat nicht liebt und die Heimat nicht ehrt, ist ein Wicht und des Glücks in der Heimat nicht



Eine Umfrage während des „Gedenkjahres“ 1988 unter jungen Leuten ergab: Mit dem Jahr 1938 verbanden viele gar nichts, manche behaupteten, 1938 habe der Zweite Weltkrieg begonnen, einer bemerkte, seine Mama sei in diesem Jahr geboren. Gäbe es heute bessere Resultate?

wert“. Der Ausdruck „Heimat“ war Anfang der 1970er Jahre zwar schon etwas aus der Mode gekommen, weil er zu oft überhöht, missbraucht und verkitscht worden war, doch die „Tante“, die den Hort leitete, war eine Heimatvertriebene aus Oberschlesien und verwendete den Begriff Heimat noch unhinterfragt. Sie bezeichnete sich als Schlesierin, als Österreicherin und als echte Wienerin, schimpfte über Ausländer, lobte Hitler, ohrfeigte hin und wieder die Knaben oder zog sie an den Ohren (was

damals die meisten noch für normal und angemessen hielten) und war sowohl bei uns Kindern als auch bei unseren Eltern sehr beliebt. Sie war die erste erwachsene Einheimische, die mir zuhörte, die sich Zeit für mich nahm und mich nicht unterbrach, wenn ich krampfhaft versuchte, die Wörter der fremden Sprache zu Sätzen zu fügen, um Geschichten über meine Eltern, über Russland und die Emigration zu erzählen. So wurde mir der Hort zur ersten Heimat in der Fremde.

Im besten Fall „Mitbürger“

Als ich 1986 in Österreich eingebürgert wurde, hatte das Land, dessen Staatsbürger ich nun war, eine brüchige nationale Identität. Einige meinten, Österreich sei eine „ideologische Missgeburt“, andere waren Mitglieder in deutschnationalen Burschenschaften oder übten in rechtsradikalen Paintballtruppen für den Endsieg. Eine engagierte Minderheit demonstrierte gegen Waldheim, während die Mehrheit den Slogan „Wir Österreicher wählen, wen

wir wollen!“ in die Tat umsetzte. Ausdrücke wie „Political Correctness“ oder „offene Gesellschaft“ waren der breiten Öffentlichkeit damals genauso unbekannt wie „Empathie“, „Gender“ oder „authentisch“. Jedenfalls war Österreich Heimat. Man stritt darüber, was Österreich war, doch für die meisten war es unbestritten, wer nicht dazugehörte: Für die während der NS-Zeit ermordeten und vertriebenen Juden war Österreich einmal Heimat gewesen, was allerdings nicht bedeutete, dass sie „echte“ Österreicher gewesen waren, sondern im besten Fall „jüdische Mitbürger“. Dasselbe galt für GastarbeiterInnen, Zugewanderte und Geflüchtete: für sie konnte Österreich einmal Heimat werden, zu „echten“ ÖsterreicherInnen würden sich aber erst ihre Kinder oder Enkelkinder entwickeln, wenn sie sich kulturell und sprachlich anpassten, wenn sie sich durch Aussehen oder gar Hautfarbe nicht wesentlich von der Mehrheitsbevölkerung unterschieden und optimalerweise keine Juden waren. Sogar für „Linke“, die Antisemitismus bekämpften und sich gegen Diskriminierung von Zuwanderern und Minderheiten engagierten, war die Hierarchie klar: Sie selbst waren die Helfenden, die Gebenden, die Besseren. Von ihren Schützlingen, den Opfern, erwartete man, dankbar zu sein. Die Opfer waren „die Guten“, aber sie blieben stets auch „die Anderen“.

Österreich war kein klassischer Nationalstaat, doch ein Großteil der Bevölkerung dachte nationalstaatlich. Das Bekenntnis zum Staat war schwach ausgeprägt, der primäre Bezugsraum war die Region, das Bundesland oder die Stadt. Es gab kein positives nationales Narrativ, welches stark genug gewesen wäre, um inklusiv und identitätsstiftend zu wirken. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert. Neutralität, Lipizzaner und Mozartkugeln reichen nicht aus, Demokratie, Humanität und Menschenrechte offensichtlich auch nicht. Man verwies stolz auf die vielen tschechischen, ungarischen oder südslawischen Namen im Wiener Telefonbuch und war den-

noch mehr oder weniger fremdenfeindlich und antisemitisch. Man verdrängte oder verharmloste die eigene NS-Vergangenheit, behauptete, als Soldat der deutschen Armee die Heimat verteidigt und seine Pflicht getan zu haben. Ja, man war stolz, Österreicher zu sein! Das alles, so diffus, heuchlerisch und ambivalent es auch war, erschuf Identität – auch für jene, die diese Heuchelei verabscheuten. Trotz alledem waren sie Teil derselben Schicksalsgemeinschaft.

„Mein“ Österreich

Als im Jahre 2000 in Österreich die erste schwarz-blaue Regierung angelobt wurde, bekam ich es mit der Angst zu tun. Dieser Rechtsruck erschütterte mich mehr als das, was ich als junger Mensch während der Waldheim-Affäre erlebt hatte. Als Zwanzigjähriger war ich emotional besser gewappnet gewesen: Ich hatte gewusst, dass ich, auch wenn für mich

ICH HATTE GEWUSST, DASS ICH IN ÖSTERREICH, LÄNGST MEINE HEIMAT, NIE GANZ DAZUGEHÖREN WÜRDE.

Österreich längst zur Heimat geworden war, hier nie ganz dazugehören würde. Anfeindungen aufgrund meiner jüdischen Herkunft und meines Migrationshintergrundes waren mir nicht fremd gewesen, und ich hatte nicht die Vorstellung gehabt, dass sich dies jemals ändern würde. Österreich war nun einmal kein Land wie die USA, wo jeder, der einwanderte, sich integrierte und eingebürgert wurde, in den Augen der Alteingesessenen wie selbstverständlich zum Amerikaner wurde. Jahre später konnte ich mich jedoch der Illusion hingeben, „mein“ Österreich unterscheide sich fundamental vom Land meiner Kindheit und frühen Jugend. In den Neunzigerjahren hatte sich tatsächlich vieles verändert: Der Eiserne Vorhang war gefallen, Österreich hatte Zehntausende Flüchtlinge der Balkankriege aufgenommen und war längst, was nur noch ganz

Verblendete leugnen konnten, zum Einwanderungsland geworden. Trotz (oder sogar wegen) Haiders FPÖ hatte sich, so schien mir, mehrheitlich das Bewusstsein durchgesetzt, Österreich könne Heimat für Menschen verschiedener Herkunft sein, solange sie gemeinsame Werte teilen, einander respektieren und sich dem Land verbunden fühlen. Die Einsicht, dass man mehrere Identitäten haben, dass man in mehreren Kulturen zu Hause sein konnte, ohne sich dabei eindeutig für oder gegen eine entscheiden zu müssen, dass man unterschiedliche Kulturen zu etwas Neuem verbinden könne, war für viele Menschen ohne Migrationshintergrund nun genauso selbstverständlich wie sie einige Jahre zuvor den meisten noch bizarr erschienen wäre. Vielleicht konnte ein russischer Jude ein „echter Österreicher“ sein, so wie auch ein Flüchtling aus Bosnien oder jemand, der aus der Türkei stammte und regelmäßig in die Moschee ging – jedenfalls solange er nicht glaubte, Muslime seien besser als andere Menschen und das Jahr 1938 nicht nur mit dem Tod von Atatürk in Verbindung brachte. Übrigens hatte eine Umfrage unter jungen Leuten, die der ORF während des „Gedenkjahres“ 1988 in Wien durchgeführt hatte, auf erschreckende Weise das historische Unwissen großer Teile der damaligen Jugend aufgezeigt. Mit dem Jahr 1938 verbanden viele gar nichts, manche behaupteten, 1938 habe der Zweite Weltkrieg begonnen, einer bemerkte, seine Mama sei in diesem Jahr geboren. Ich bezweifle, dass dieselbe Umfrage heute ein besseres Resultat zeitigen würde. Schwarz-Blau (noch ganz ohne Türkis) brachte nicht den Faschismus, sondern den Neoliberalismus nach Österreich. Sozialabbau und Korruption prägten die Epoche von Wolfgang Schüssels Kanzlerschaft. Sie war schlimmer als von manchen erhofft, besser als befürchtet, in den Auswirkungen nachhaltiger, als es bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein hat, und war von vielen alsbald verdrängt und vergessen. „Heimat kann überall sein, wo man sich



„Heimat kann überall sein, wo man sich selber wohl fühlt, wo man auch von den Leuten, die vorher da waren, akzeptiert wird“, erklärte Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

selber wohl fühlt, wo man auch von den Leuten, die vorher da waren, akzeptiert wird“, erklärte Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei der Eröffnung der Kinderuni Wien im Juli 2017. Diese Definition ist kindgerecht formuliert, sie ist vielleicht zu simpel, aber dennoch stimmig. Im Wahlkampf hatte Van der Bellen den Begriff „Heimat“ beschworen, was durchaus dem Zeitgeist entspricht. Der einst korrupte Begriff erlebt gerade eine nicht ganz unerwartete Renaissance. Wörter wie Hei-

mat oder Nation bezeichnen heute nicht dasselbe wie vor fünfzig oder vor achtzig Jahren. Begriffe verändern ihre Bedeutung, wecken andere Gefühle und können im passenden Kontext getrost verwendet werden, solange man die Geschichte dieser Wörter kennt und weiß, wofür sie früher standen. Gefährlich wird es, wenn Unwissen und mangelnde Reflexion zu einem (intuitiven?) Rückgriff auf alte Codes führen, die mit bestimmten Ausdrücken verbunden sind. Hat eine ÖVP-Bezirksrätin

wirklich nicht gewusst, dass sie ein antisemitisches Klischee bedient, als sie den Schriftsteller Doron Rabinovici als „Brunnenvergifter“ bezeichnete? Wenn nicht, ist das schlimmer, als wenn sie auf die von Antisemiten im Mittelalter erfundene Legende bewusst angespielt hätte, um einen jüdischen Autor und Intellektuellen gezielt zu treffen. Ihre Unbedarftheit aber macht sie und alle, die ihr ähnlich sind, im besonderen Maße für jene rechte Propaganda empfänglich, welche der von mir am

Beginn dieses Artikels zitierte gebildete Herr betreibt. Dieser weiß nämlich genau, was er tut, wenn er von „echter Heimat, Sprache und Kultur“ spricht und diese mit Ausdrücken wie „Reisender“, „entwurzelt“ und „heimatlos“ verknüpft. Wer diese Codes nicht durchschaut, wer sie aber offenbar trotzdem unbewusst gespeichert hat, bei dem dockt die Propaganda an wie eine Droge an ihren Rezeptoren.

Bevor das Pendel zurückschlägt

Was unterscheidet die Zustände von 2017 von jenen von 2000 oder 1986? Zweifellos ist die österreichische Gesellschaft vielfältiger, offener und demokratischer geworden. Wer das bestreitet, weiß nicht, wie es früher war. Dass wir trotzdem einen starken Rechtsruck erleben, hat mehrere Gründe. Einer davon ist die Unsicherheit, die mit neoliberalen Zuständen einhergeht und Menschen für rechtspopulistische Propaganda zugänglich macht. Der österreichische Rechtspopulismus bietet keine klaren Ideologien an, er ist nicht einmal wirklich nationalistisch wie die AfD in Deutschland, der Front National in Frankreich oder gar die rechten Parteien in Osteuropa, sondern vielmehr eine Bewegung zur Verteidigung des Privaten, von Alltagskulturen, lokalen Traditionen und überkommenen Machtverhältnissen gegen die Welt. Das spricht unterschiedliche Menschen an, und wem H.C. Strache zu hemdsärmelig und zu rechtsradikal ist, hat mit Sebastian Kurz eine scheinbar kultiviertere Alternative. Die Flüchtlingskrise, Fragen der Asyl- und Migrationspolitik, Islamismus, Terror, Ängste und Vorurteile verstärken den Erfolg von Rechtspopulisten, sind aber nicht dessen eigentliche Ursachen. Diese liegen tiefer und haben vor allem damit zu tun, dass die alten Eliten (die echten Eliten, nicht jene vermeintlichen, gegen die heute oft gehetzt wird) berechtigterweise fürchten, ihre Macht zu verlieren. Männer, die keiner Minderheit angehören und keinen Migrationshintergrund haben, waren und sind zu einem großen Teil immer noch die „Herren des Landes“. Lange Zeit hatten sie fest- und ungeschriebene Privilegien im



„Ich hoffe, dass die Mehrheiten in einigen Jahren wieder andere sein werden.“ Vladimir Vertlib

Berufsleben und im Privaten, im öffentlichen Raum, in der Kultur, der Politik, den Medien, in allen Institutionen und in den Religionsgemeinschaften. Sie hatten Macht über die Sprache, prägten die Wahrnehmung, die Erinnerung und das kollektive Gedächtnis. Die alten Eliten fühlen sich seit

DIE GESELLSCHAFT IST VIELFÄLTIGER, OFFENER UND DEMOKRATISCHER GEWORDEN.

Jahren bedrängt, doch niemals waren ihre Privilegien dermaßen in Gefahr wie heute. Je stärker die moderne Zivilgesellschaft, desto stärker die Gegenwehr. Auf jeden Modernisierungsschub folgt ein Backlash, bevor das Pendel wieder zurückschlägt. Die Reaktion der gefährdeten Eliten – nicht nur der Männer, sondern auch vieler Frauen, die deren Haltungen internalisiert haben – ist die Unterstützung rechtspopulistischer Bewegungen, vor allem aber Wut: auf Feministinnen und „Quotenfrauen“, auf den „Genderwahn“ und auf die politisch korrekte Sprache, auf Migranten, Flüchtlinge, Minderheiten, auf Linke und „Kulturmarxisten“, auf sozial Schwache, auf Künstler

und Intellektuelle und die liberalen Medien und im besonderen Maße auf Muslime. Die patriarchalen und hierarchischen Strukturen in islamisch geprägten „Parallelgesellschaften“ sind für die heimischen Rechten ein Spiegel. Sie sehen darin, verzerrt zwar, aber doch, ihre eigene Vergangenheit, der sie selbst insgeheim nachtrauern. Das macht sie besonders wütend, gibt ihnen aber auch Gelegenheit, sich als Verteidiger der Demokratie und der liberalen Gesellschaft zu präsentieren. Es mag bizarr erscheinen, sich über die Unterdrückung von Frauen „im Islam“ zu empören, gleichzeitig aber Feministinnen lächerlich zu machen oder den „Pay-Gap“ zu bagatellisieren. Aber es passt ins Bild der reaktionären Utopie, die Faschisten und Erzkonservative, Libertäre, Islamhasser, Antisemiten, Geschichtsrevisionisten sowie weitgehend ideologiefreie, aber verunsicherte BürgerInnen in ihrem gemeinsamen Kampf für die gute, alte Heimat vereint: eine Heimat ohne Fremde und ohne Störenfriede, die einem „auf den Sack gehen“.

Ich selbst bin inzwischen gelassener geworden, habe weniger Ängste, aber auch weniger Illusionen. Anders als vor 20 Jahren glaube ich nicht mehr, dass meine Heimat Österreich in absehbarer Zeit zu einem Land wird, in dem rechtes Gedankengut nichts weiter als ein Randphänomen darstellt. Aber ich hoffe, dass die Mehrheiten in einigen Jahren wieder andere sein werden. Dafür werde ich mich einsetzen. Reaktionäre Utopien sind zum Scheitern verurteilt. Dem Scheitern folgt die Ernüchterung, und dieser in manchen Fällen sogar die Einsicht.

Vladimir Vertlib, 1966 im heutigen St. Petersburg geboren. Seit 1981 in Österreich, ab 1993 freiberuflicher Schriftsteller. Sein Theaterstück „ÜBERALL NIRGENDS lauert die Zukunft“ wurde 2016 u.a. in Salzburg und München aufgeführt. Vertlib ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Zwischenwelt. Zeitschrift für Kultur des Exils und des Widerstands“. Sein jüngster Roman „Lucia Binar und die russische Seele“ war auf der Longlist zum Deutschen Buchpreis 2015. Zuvor: „Ich und die Eingeborenen“ (Thelem Verlag, Dresden 2012).

DIE BEVÖLKERUNG INFORMIEREN

In Ländern wie Ungarn und Polen schrumpfen die Räume für demokratische Willensbildung, während die rechtspopulistischen Regierungen das Misstrauen gegenüber NGOs schüren. Was passiert, wenn der Staat Demokratie und Menschenrechte nur mehr eingeschränkt vertritt?

Text: Kathrin Wimmer

Im Juni 2017 verabschiedete die Regierung des rechtsnationalen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán ein umstrittenes Gesetz, das Nichtregierungsorganisationen (NGO) mit ausländischen Geldgebern dazu verpflichtet, sich registrieren zu lassen und ihre Finanzquellen offen zu legen. Die EU-Kommission leitete ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn ein, weil das Gesetz nicht mit EU-Recht konform ist. Es verstöße insbesondere gegen das Recht auf Vereinigungsfreiheit und beschränke den freien Kapitalverkehr, so teilte Brüssel mit. Zudem sollen die NGOs ihre Publikationen und Onlineseiten als „Organisation, die Unterstützung aus dem Ausland erhält“, kennzeichnen. Betroffen sind alle Verbände in Ungarn, die mehr als 24.000 Euro pro Jahr aus anderen Ländern erhalten. Das Gesetz wird als weiterer Versuch Orbáns gewertet, den Raum für Zivilgesellschaft einzuschränken: „Dieses Phänomen gibt es nicht nur in Ungarn. Überall, wo Regierungen mit autoritären Tendenzen an der Macht sind, werden unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure attackiert“, sagt Márta Pardavi, Anwältin und Vorstand des Hungarian Helsinki Committee in Budapest. „Das passiert in der Türkei, in Aserbaidschan, in Russland, Ägypten, Indien, Mazedonien und seit wenigen Jahren auch



Márta Pardavi, Anwältin und Vorstand des Hungarian Helsinki Committee in Budapest: Unter Orbán sind NGOs umso mehr gefordert.

in Polen und Ungarn. Abgesehen von Polen werden Zivilverbände in keinem anderen EU-Mitgliedsland so gezielt durch Regierungsaktionen bedrängt, wie in Ungarn“, so Pardavi.

Das ungarische Helsinki Komitee gehört zu den bekanntesten NGOs für Menschenrechte in Ungarn. Die Organisation wur-

de 1989 gegründet und unterstützt AsylwerberInnen, MigrantInnen und Häftlinge in rechtlichen Angelegenheiten, indem sie zum Beispiel kostenlose Rechtsberatungen anbietet. Im vergangenen Sommer wurde der Verein für seine Arbeit mit dem 100.000 Euro dotierten „Calouste Gulbenkian Preis“ für Menschenrechte ausgezeichnet.

Schwarze Listen

Die rechtspopulistische Partei Fidesz und ihr Parteiboss Viktor Orbán beschuldigen immer wieder ungarische Menschenrechtsorganisationen „illegale Migranten nach Ungarn zu bringen“ und dadurch die „Europäische Identität zu zerstören“. Fidesz fuhr in den vergangenen Jahren zahlreiche Kampagnen gegen NGOs, setzte gezielt auf Desinformation über deren Arbeit, sowie generell über AsylwerberInnen, die Europäische Union wie auch über Kritiker wie den ungarisch-stämmigen US-Milliardär und Philanthropen George Soros. Durch ein neues Auslandsfinanzierungsgesetz drohte der von Soros mitgegründeten Central European University in Budapest sogar das Ende. In einer seltenen Großdemonstration protestierten 70.000 Menschen gegen deren Schließung. Zudem leitete die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn ein. Der aktuelle



Premier Viktor Orbán: Seine Regierungspartei FIDESZ schürt Mißtrauen gegen MigrantInnen und NGOs. Das Ergebnis: Viele glauben, dass Flüchtlinge Verbrecher, Terroristen und Vergewaltiger sind.

Stand ist, dass die CEU-Uni nun einige Vorgaben erfüllen muss, um ihren Fortbestand zu sichern. Unabhängig davon macht Orbán weiter Stimmung gegen Kritiker seines Kurses, die er unbeirrt als „bezahlte politische Akteure“ verunglimpft. Schon vor Jahren hatten Aktivistinnen, wie etwa Dorottya Rédei von der Frauenrechtsorganisation Labrizs Leszbikus Egyesület, von schwarzen Listen berichtet, auf denen sich „problematische“ NGOs finden. Ihnen wird eine „besondere“ staatliche Kontrolle zuteil. Wo Demokratie, Pluralismus, und Menschenrechte nicht mehr vollständig vom Staat garantiert werden, sind NGOs und die Presse als „vierte Gewalt“ gefragt. In Ungarn befindet sich der Großteil der Medienlandschaft mittlerweile aber im Besitz regierungsnaher Akteure. Für Márta Pardavi heißt das: „Eines unserer Hauptziele ist es, die Bevölkerung über die Menschenrechtssituation in Ungarn zu informieren. Wir nutzen dafür Blogs, unterschiedliche Medienplattformen und Facebook-Seiten, aber leider können wir aufgrund dieser verzerrten Medienlandschaft nicht alle Menschen gleichermaßen erreichen.“ Schwierig stellt sich das vor allem in ländlichen Gebieten dar. Die lokalen Zeitungen, aus denen sich die Bevölkerung informiert, ist oft in der Hand staatsnaher Unternehmer. Aber auch private und öffentliche Radio- und Fernsehsender filtern ihre Programme stark und lassen NGOs praktisch nie direkt Stellung beziehen, so Pardavi. „Ich glaube, in den vergangenen vier Jahren wurden wir kein einziges Mal von einem staatlichen Sender für ein Interview angefragt. Trotzdem wird ständig über unsere Tätigkeiten berichtet: wie gefährlich es ist, wenn wir Flüchtlingen Rechtsbeistand leisten.“

Illiberale Demokratie

Als Reaktion auf diese Entwicklungen hat das Hungarian Helsinki Committee gemeinsam mit anderen ungarischen NGOs vor wenigen Wochen das Dokument „An Illiberal State in the Heart of Europe“ („Ein autoritärer Staat im Herzen Europas“) veröffentlicht. Darin geben die Organisationen einen Überblick über antidemokratische Vorgehensweisen einer autoritär geführten Demo-

UNGARN: GROSSTEIL DER MEDIEN IST MITTLERWEILE IM BESITZ REGIERUNGSNAHER AKTEURE.

kratie, in der Korruption, rigide Medienkontrolle und Ausgrenzung von Minderheiten und denen, die sie schützen, System hat. Das passiert weniger über Zensurmaßnahmen, als über eingeschränkte Zugänge und aufgekündigte Vereinbarungen. Regierungsbehörden, Ministerien und lokale Ämter drängen NGOs sukzessive aus ihren Arbeitsfeldern. Márta Pardavi spricht von einem untragbaren Zustand: „Seit Sommerbeginn 2017

wurden zum Beispiel alle Kooperationen im Bereich Strafverfolgung beendet. Ohne diese Vereinbarungen können wir als Menschenrechtsorganisation aber nicht arbeiten, weil wir weder in die Gefängnisse, noch in die Flüchtlingslager oder Einwanderungslager dürfen. Es ist offensichtlich, dass diese Abmachungen deswegen beendet wurden, um den Raum für die Zivilgesellschaft noch mehr einzuschränken.“

Durch gezielte, staatlich finanzierte Kampagnen gegen Migration sind bei einem Großteil der Bevölkerung Ressentiments gegenüber Ausländern entstanden. Auch gegenüber NGOs wurde das Misstrauen größer. Das Ergebnis: Es gibt nur noch einen sehr kleinen Teil der ungarischen Bevölkerung, der nicht davon überzeugt ist, dass Flüchtlinge Verbrecher, Terroristen und Vergewaltiger sind. Für MenschenrechtsaktivistInnen wie die Anwältin Márta Pardavi bedeutet das, viel Zeit zu investieren, um diverse Gerüchte und falsche Informationen zu entkräften. „Ich glaube, wir sollten wieder mehr darüber sprechen, was zivilgesellschaftliche Organisationen eigentlich machen. Welche Rolle sie für die Gesellschaft spielen. Ich halte es für bedenklich, dass ein hoher Anteil der Bevölkerung sich aufgrund ihres politischen Verdrusses kaum mehr für öffentliche Angelegenheiten interessiert.“

Tatsächlich wissen rund 40 Prozent der Ungarinnen und Ungarn noch nicht, ob sie bei den Wahlen im kommenden Frühling wählen und wem sie ihre Stimme geben werden.“ Fast wirkt es so, als hätte sich eine Lethargie in der ungarischen Bevölkerung breit gemacht, als würde es gar nichts bringen, über soziale Probleme und Veränderung zu diskutieren. Pardavi: „Ich denke aber, dass dazu jede Einwohnerin und jeder Einwohner in einer Demokratie das Recht hat, sich zusammenzuschließen und in politische Diskussionen einzubringen.“

Lethargie in Ungarn. Márta Pardavi erinnert an das demokratische Recht, sich zusammenzuschließen und in die politische Diskussion einzubringen.





Polen: Protestzug der BürgerInnenbewegung „Komitet Obrony Demokracji“ (KOD), die sich 2015 zur Verteidigung der Demokratie gegen die Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) formierte.

Neue Proteste

Welche Möglichkeiten hat man aber, die Zivilgesellschaft zu erreichen? Einerseits gibt es das Internet, das die ungarische Regierung nur schwer kontrollieren kann. Andererseits hat das Ungarische Helsinki Komitee gemeinsam mit anderen NGOs begonnen, Diskussionsabende in größeren Städten zu veranstalten. Finanzielle Unterstützung kommt selten von privaten Personen, sondern hauptsächlich von den Behörden, oftmals aber ist sie an Bedingungen geknüpft. Etwa wenn es um sensible, politische Themen wie Korruption, Kinderarmut oder die Rechte von Roma, um Frauen oder LGBTQ-Menschen geht. NGOs dürfen ihre Dienste zwar anbieten, aber nur solange sie nicht über Missstände berichten. Eine Erfahrung, die nicht nur AktivistInnen in Ungarn gemacht haben. Auch in Polen hat die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) die Zügel straff angezogen. Erst Anfang September hat das Polnische Unterhaus ein umstrittenes Gesetz über die Arbeit von NGOs und Vereinen verabschiedet. Folgt man den Plänen, dann soll ein „Nationales Freiheitsinstitut“ u.a. für die Vergabe von Finanzmitteln an NGOs eingerichtet werden. Schon befürchtet die Op-

position, dass die Regierung damit NGOs an die Kandare nehmen möchte. Kritischen VertreterInnen der Zivilgesellschaft könnte so nach Belieben die Finanzierung gestrichen werden. Vielleicht gehen auch deshalb immer mehr Bürgerinitiativen in Polen auf die Straße, um gegen die „Reformen“ der nationalkonservativen Regierung und für Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu protestieren. Als Jarosław Kaczyńskis Par-

NGOS HABEN IN UNGARN BEGONNEN, DISKUSSIONSABENDE ZU VERANSTALTEN.

tei 2017 plante, nur noch zwei festen Korrespondenten pro Redaktion den Zugang zum Parlament zu gewähren, versammelten sich Tausende Menschen vor dem Sejm. Bis in die frühen Morgenstunden konnte die Regierung das Gebäude nicht verlassen, während draußen die Menge Europafahnen schwenkte. Und auch wenn die PiS am Umbau des Staates weiterarbeitet, von der Entmachtung des Verfassungsgerichts, bis zur Justizreform, die der PiS eine weitgehende Kontrolle über die Gerichte des Landes ermöglichen soll, bilden sich auf der Straße

und in den sozialen Medien neue Allianzen. Márta Pardavi sieht in Ungarn und Polen eher traurige Beispiele für die nationale Entwicklung von EU-Mitgliedstaaten, knüpft aber die Hoffnung daran, dass andere Länder daraus lernen. Es klingt fast wie ein Appell, wenn sie sagt: „Wichtig ist, dass man in Österreich versteht, wie die Fidesz-Regierung und die polnische PiS-Partei bewusst Institutionen geschwächt und mit regierungstreuen Genossen besetzt haben, umso die Kontrolle darüber zu behalten. Im Bezug auf die Medienlandschaft sollte es eine starke Medienbehörde und eine starke Wettbewerbsbehörde geben. Um Korruption zu vermeiden, braucht es ein unabhängiges, gut funktionierendes Rechtssystem. Außerdem sollte es ein funktionierendes Verfassungsgericht geben. Es gibt also genug Institutionen in Österreich die es zu sichern gilt. In den ersten vier Jahren unserer jetzigen Regierung in Ungarn, von 2010 und 2014, hatten sie die absolute Mehrheit im Parlament und konnten deshalb viele konstitutionelle Veränderungen durchbringen und Posten umbesetzen. Die Wahrung der Gewaltenteilung ist das Wichtigste. Solange sie vorhanden ist, kann die Regierung nicht so viel kaputt machen.“

STIMMUNGSMACHER

Klimatischer Rechtsruck

Österreich steht vor einer Neuauflage der Schwarz-blauen Koalition, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Die Korporierten dominieren heute die FPÖ. Und Norbert Hofer hat das Bekenntnis zur „deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“ wieder dem Parteiprogramm hinzugefügt, das unter Jörg Haider gestrichen wurde.

TEXT: BERNHARD WEIDINGER



Schon seit einiger Zeit „per Du“: ÖVP-Chef Sebastian Kurz und FPÖ-Chef Heinz-Christian-Strache. Gutes Einvernehmen zwischen Türkis und Blau.

Manches an der gegenwärtigen Ausgangslage erinnert an jene der Jahre 1999/2000: Die FPÖ hat bei den Nationalratswahlen eine ähnliche Stärke erlangt wie damals, das großkoalitionäre Modell ist bei der Bevölkerung in Verruf geraten. An der Spitze der ÖVP steht ein Obmann, der sich von seinem vergleichsweise liberalen Vorgänger (damals Erhard Busek, diesmal Reinhold Mitterlehner) durch prononciert konservative Positionen abgrenzt und in der FPÖ die logische Partnerin für einen „Reformpart-

nerschaft“ erblickt. Schwarz-blau verfügt über eine komfortable Mandatsmehrheit. Dabei enden die Parallelen aber auch schon.

Dem neuen Nationalratsklub der FPÖ gehören 51 Abgeordnete, 20 davon sind völkische Korporierte.

FPÖ: Starke Verhandlungsposition

Anders als damals liegt die FPÖ nun mit Respektabstand hinter dem präsidentlichen Koalitionspartner. Das scheint ihre Ver-

handlungsposition zu schwächen – und tut es doch kaum. Denn der Eintritt der Freiheitlichen in die Regierung wird diesmal national und international kaum als Tabubruch wahrgenommen. Deshalb ist davon auszugehen, dass, anders als bei den Koalitionsverhandlungen im Jahr 2000, diesmal personell und inhaltlich kaum Rücksicht genommen werden muss. Umso weniger, als die FPÖ seit Jahren bekundet, freiheitliche Inhalte und Personalwünsche nicht ein weiteres Mal am Altar einer Regierungsbe-

Auch die ÖVP hat sich verändert, die Partei hat unter der Führung von Sebastian Kurz die Programmatik der FPÖ bei zentralen Themen wie Migration, Asyl und Integration weitgehend übernommen. Dazu ist Kurz mit einem Pouvoir ausgestattet, das ihn gegenüber widerstreitenden Strömungen in der eigenen Partei ein Stück weit immunisiert. Die FPÖ wiederum hat sich in Wirtschafts- und Sozialfragen einen großen Schritt auf die Wünsche von ÖVP und Industriellenvereinigung zubewegt. Das ermöglicht ihr, umso kompromissloser die Umsetzung ihrer Kernthemen einzufordern. Dass die FPÖ die Verhandlungen trotz ihrer mandatsmäßig schlechteren Ausgangslage (Mandatsgleichstand 1999 gegenüber neun Mandate Vorsprung für die Volkspartei 2017) aus einer Position der Stärke in Angriff nimmt, wird daran ersichtlich, dass sie ihren Anspruch auf das Innenministerium vorab zur Fahnenfrage erklärt hat und wahrscheinlich auch durchsetzen können wird. Zur Erinnerung: 2000 hatte die FPÖ, obwohl stimmenstärkere Partei, nicht nur auf den Posten des Bundeskanzlers verzichten müssen, sondern auch keines der Kernressorts (Inneres, Äußeres, Finanzen) besetzen dürfen.

Dramatische Schwächung von Mitte-links

Als Zeichen der damaligen freiheitlichen Konzessionsbereitschaft ist auch zu werten, dass dem Regierungsteam Schüssel I zu Beginn kein einziges Mitglied einer völkischen Studentenverbindung angehörte (sieht man von Reinhart Waneck ab, der als Staatssekretär ex lege nicht Regierungsmitglied war). Blickt man auf die Namen, die aktuell für Regierungämter gehandelt werden, ist das diesmal auszuschließen: Burschenschafter Heinz-Christian Strache gilt als Fixstarter. Mit Norbert Hofer, Walter Rosenkranz, Harald Stefan und anderen sind weitere korporierte Kandidaten für hohe Ämter. Die Liste möglicher Ministerkandidaten illustriert, dass nicht nur das Selbstbewusstsein, sondern auch die politisch-ideologische Verortung der FPÖ sich seit 2000 geändert hat. Dem am 9. November angelobten Nationalratsklub gehören nunmehr 51 Abgeordnete an, 20 davon sind völkische Korporierte aus diversen Burschenschaften. Im aktuellen freiheitlichen Bundesparteivorstand verzeichnen die deutschnationalen Korporatio-



Unsere *Aula*- unbequemes Medium

Die Aula war immer ein im besten journalistischen Sinne unbequemes Medium, das sich nicht vor Kontroversen gescheut und sich nie dem Zeitgeist, woher auch immer er wehen mochte, untergeordnet hat. Das hat ihr natürlich nicht nur Sympathien eingebracht, die Anfeindungen waren teilweise enorm. Dennoch feiert Die Aula nunmehr ihr sechzigjähriges Bestehen, zu dem ich herzlich gratuliere. Und ich hoffe, daß noch viele weitere Jahre folgen mögen.

Heinz-Christian Strache
Bundesparteiohmann der FPÖ
FPÖ-Klubohmann im Nationalrat

FPÖ-Chef Strache: Gratulation zum 60-jährigen Bestehen der rechtsextremen Zeitschrift.

nen sogar eine absolute Mehrheit. Anders als Jörg Haider ist Strache im Laufe seiner Obmannschaft von dieser freiheitlichen Kernklientel nicht abgerückt, sondern hat ihren Stellenwert in der Partei sogar noch aufgewertet. Eine Personalpolitik, die sich auch auf programmatischer Ebene spiegelt: Norbert Hofer fügte 2011 das Bekenntnis zur „deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“, das unter Haider fallengelassen worden war, im Parteiprogramm wieder ein. Nicht aus dem Blick geraten sollte auch die dramatische Schwächung der parlamentarischen Mitte-links-Position. Kamen SPÖ und Grüne 1999 im Nationalrat gemeinsam auf 79 Mandate, sind es nun nur 52 (plus acht unter Einbeziehung der Liste Pilz). Auch gesamtgesellschaftlich scheint die Opposition gegen ein mögliches rechtsautoritäres Staatsprojekt geschwächt. Vor dem

Anders als Haider ist Strache im Lauf seiner Obmannschaft vom freiheitlichen Kernklientel nicht abgerückt.

Hintergrund einer quer durch das Parteienspektrum weithin erfolgreichen Durchsetzung der „Ausländerfrage“ als Angelpunkt jeglicher Politik, des darin Ausdruck findenden klimatischen Rechtsrucks und der noch weiter fortgeschrittenen Normalisierung freiheitlicher Agitation und Politik ist kaum zu erwarten, dass Proteste die Breite und den langen Atem entwickeln, die die „Wendejahre“ 2000+ kennzeichnete.

Bernhard Weidinger ist Rechtsextremismusforscher am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) und Mitglied der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU).

Edelweiß statt Kornblume?

So national könnte die neue Regierung aussehen.

Heinz-Christian Strache

Seit der Spaltung der FPÖ im Jahr 2005 Bundesparteiohmann und Klubohmann im Parlament. Mitglied der pennalen Burschenschaft Vandalia Wien. Als junger Mann ist Strache im Neonazimilieu unterwegs und wird 1989 während eines Aufmarsches der neonazistischen Wiking-Jugend an der deutsch-deutschen Grenze vorübergehend festgenommen. Später löst er sich zwar aus dem neonazistischen Umfeld, bleibt aber eng mit dem rechtsextremen Milieu verbunden. Unter Straches Obmannschaft steigt der Anteil an Burschenschaf- tern und Mädchenschaf- terinnen in der FPÖ in Spitzenfunktionen deutlich an. Die Kornblume (bis 1938 das Erkennungszeichen der illegalen Nazis in Österreich) wird 2006 wieder zur Angelobung im Nationalrat getragen und erst jüngst gegen ein Edelweiß getauscht. Strache verfasst mehrmals Beiträge für die rechtsextreme „Aula“ und gibt der Zeitschrift, die neonazistische und verfassungsfeindliche Organisationen unterstützt, zahlreiche Interviews (zuletzt im April 2017). Darüber hinaus wird die „Aula“ mehrfach durch Strache-Inserate finanziell unterstützt. Im Jahr 2013 verbreitet Strache auf Facebook ein Mobilisierungsvideo der französischen „Identitären“. Laut Verfassungsschutz wurden diese von Anhängern



Norbert Hofer



Harald Vilimsky



Johann Gudenus



Herbert Kickl



Manfred Haimbuchner



Anneliese Kitzmüller

der verbotenen Neonazi-Gruppierung „Unité Radicale“ gegründet. Ein Jahr zuvor verbreitet Strache, ebenfalls auf Facebook, die antisemitische Karikatur eines Bankers.

Norbert Hofer

Seit 2005 Vizeparteiobmann der FPÖ. Fungiert als Nationalratspräsident und ist 2016 Bundespräsidentenwahlkandidat seiner Partei. Hofer ist Mitglied der deutschnationalen Burschenschaft Marko-Germania Pinkafeld. Im November 2016 posiert Hofer für ein Werbefoto für das rechtsextreme Magazin „Aula“. Im Jahr 2013 bringt er ein Buch mit rechtsextremen Ideologieelementen heraus. Darin werden Zuwanderer mit „Wespenlarven“ verglichen, die „Maden von innen zerfressen.“ Hofer zeichnet für das 2013 herausgegebene „Handbuch freiheitliche Politik“ mitverantwortlich, das von der Historikerin Brigitte Bailer als rechtsextrem eingestuft wird. In einer Fernsehdiskussion am 21. April 2016 will Hofer den Tag der Kapitulation der Nationalsozialisten ausdrücklich nicht als Tag der Freude bezeichnen.

Harald Vilimsky

Seit 2006 Generalsekretär der FPÖ. Im gleichen Jahr wird er Nationalratsabgeordneter. 2014 wechselt er als Abgeordneter ins EU-Parlament. Ist kein Mitglied einer Burschenschaft, taucht aber in zahlreichen Inseraten als Förderer der rechtsextremen „Aula“ auf. Er macht sich im Interview Gedanken zu seinem „genetischen Hintergrund“: „Ich habe mit dem Namen Vilimsky genetisch nichts gemeinsam“, antwortet er auf die Frage nach einem Migrationshintergrund. Er präsentiert sich als Kämpfer gegen „den Islam“ und kritisiert Feiertagsgrüße an MuslimInnen durch die österreichische Politik. Beim FPÖ-Neujahrstreffen 2011 macht er die „Zocker von der Ostküste“ für globale Krisen verantwortlich.

Johann Gudenus

Seit 2011 Vizeparteiobmann der FPÖ, seit 2016 nichtamtsführender Vize-Bürgermeister von Wien. Gudenus ist Mitglied der penalen Burschenschaft Vandalia Wien und der akademischen Burschenschaft Aldania Wien. Als die Burschenschafterveranstaltung „WKR-Ball“ im Jahr 2012 aus der Wiener Hofburg verbannt wird, übernimmt die Wiener FPÖ unter Strache und Gudenus die Austragung des Balls. Laut Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes sind beim FPÖ-„Akademikerball“ in der Hofburg 2016 auch ungarische Neonazis willkommen. Gudenus zeichnet für ein rassistisches Forderungsprogramm des Rings Freiheitlicher Jugend mitverantwortlich: darin wird ein „Bekenntnis zu einem Europa, das „weiß“ ist, gefordert. Er ist international eng mit rechtsextremen Kräften vernetzt, spricht etwa bei einem Treffen rechtskonservativer und rechtsextremer Politiker in Moskau von einer „Homosexuellenlobby“, die äußerst mächtig sei. Unliebsamen Personen in Österreich droht Gudenus im Falle einer Kanzlerschaft von Strache mit „Knüppel aus dem Sack“.

Herbert Kickl

Seit 2005 Generalsekretär der FPÖ, seit 2006 Abgeordneter und Klubobmann-Stellvertreter im Parlament. Kickl ist bei keiner Burschenschaft. Er gilt als strategisches Hirn der FPÖ unter Strache und verfasst bereits für Jörg Haider zahlreiche „pointierte“ Reden. Kickl tritt im September 2016 als Referent beim Kongress der „Verteidiger Europas“ in den Linzer Redoutensälen auf, bei dem es Verbindungen in die Rechtsextremenszene und zur neonazistischen NPD gibt. Kickl steht für ein System der totalen sozialen Apartheid, wenn er sich in Aussendungen mehrfach dafür ausspricht, Personen ohne österreichische Staatsbür-

gerschaft von jeglichen Sozialleistungen auszuschließen. Es gelte, so Kickl, „bei der Mindestsicherung ganz klar zu differenzieren zwischen Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern (Drittstaatsangehörige und EU-Bürger). Sozialleistungen stehen letztlich nur Staatsbürgern zu.“

Manfred Haimbuchner

Seit 2011 Bundesparteiobmann-Stellvertreter der FPÖ, darüber hinaus Parteiobmann der FPÖ in Oberösterreich und seit 2015 Landeshauptmann-Stellvertreter. Haimbuchner ist Mitglied der akademischen Burschenschaft Corps Alemania Wien zu Linz. Im Jahr 2015 verfasst Haimbuchner einen Leitartikel für das rechtsextreme Magazin „Aula“. Er scheint zudem in mehreren bezahlten Inseraten im Magazin auf. Er sieht „unsere Gesellschaft“ vom Islam bedroht und spricht sich für eine Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit aus, wenn er für Muslime kategorisch einen Zuwanderungsstopp fordert.

Anneliese Kitzmüller

Einzigste Frau im fünfköpfigen Chefverhandlungsteam mit der ÖVP. Die FP-Familiensprecherin ist Mitglied der penalen Mädelschaft „Sigrid zu Wien“ und Vize-Obfrau der deutschnationalen Mädelschaft „Iduna zu Linz“, dessen Website die blaue Kornblume zielt. Man feiert statt Weihnachten das Julfest, das die Nationalsozialisten aus dem germanischen Fest zur Sommerrunde ableiteten. Kitzmüller schreibt für die „Aula“ und ist Vorstandsmitglied des Verbandes der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften sowie Bundesobfrau der Buchenlanddeutschen. Mit FPÖ-Kollegen feiert sie den 200. Jahrestag des Wartburgfestes, bei dem 1817 deutschnationale Studenten „undeutsche“ Schriften verbrannten. (apo)

PORTRÄTREIHE GEFLÜCHTETER

Der Einzelkämpfer

Drei Jahre nach seiner Ankunft in Österreich ist Ameer Ibrahim in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Er berät Flüchtlinge, die mit ihm nach Österreich gekommen sind. Eine Geschichte über Durchhaltevermögen, Leistung und Optimismus.

TEXT: MUHAMED BEGANOVIC
FOTOS: KARIN WASNER

Man braucht Antrieb und Geduld, wenn man was schaffen will“, sagt Ameer Ibrahim, 27, aus Damaskus, Syrien. Er sitzt in einem syrischen Lokal im zehnten Bezirk und nascht an einem Schawarma. Er trägt einen beigefarbenen Pullover und Jeans. Seine Haare sind dunkel und kurz, sein Bart getrimmt. In beiden zeigen sich einzelne, weiße Härchen. Ein silberner Ehering zierte seine linke Hand. Er redet viel und schnell und man spürt sofort seinen Tatendrang. Er ist ein aktiver Mann. Passivität versteht er nicht. Er arbeitet Vollzeit als Berater und Trainer von benachteiligten Jugendlichen, insbesondere Asylberechtigten, Flüchtlingen und Drittstaatsangehörigen in

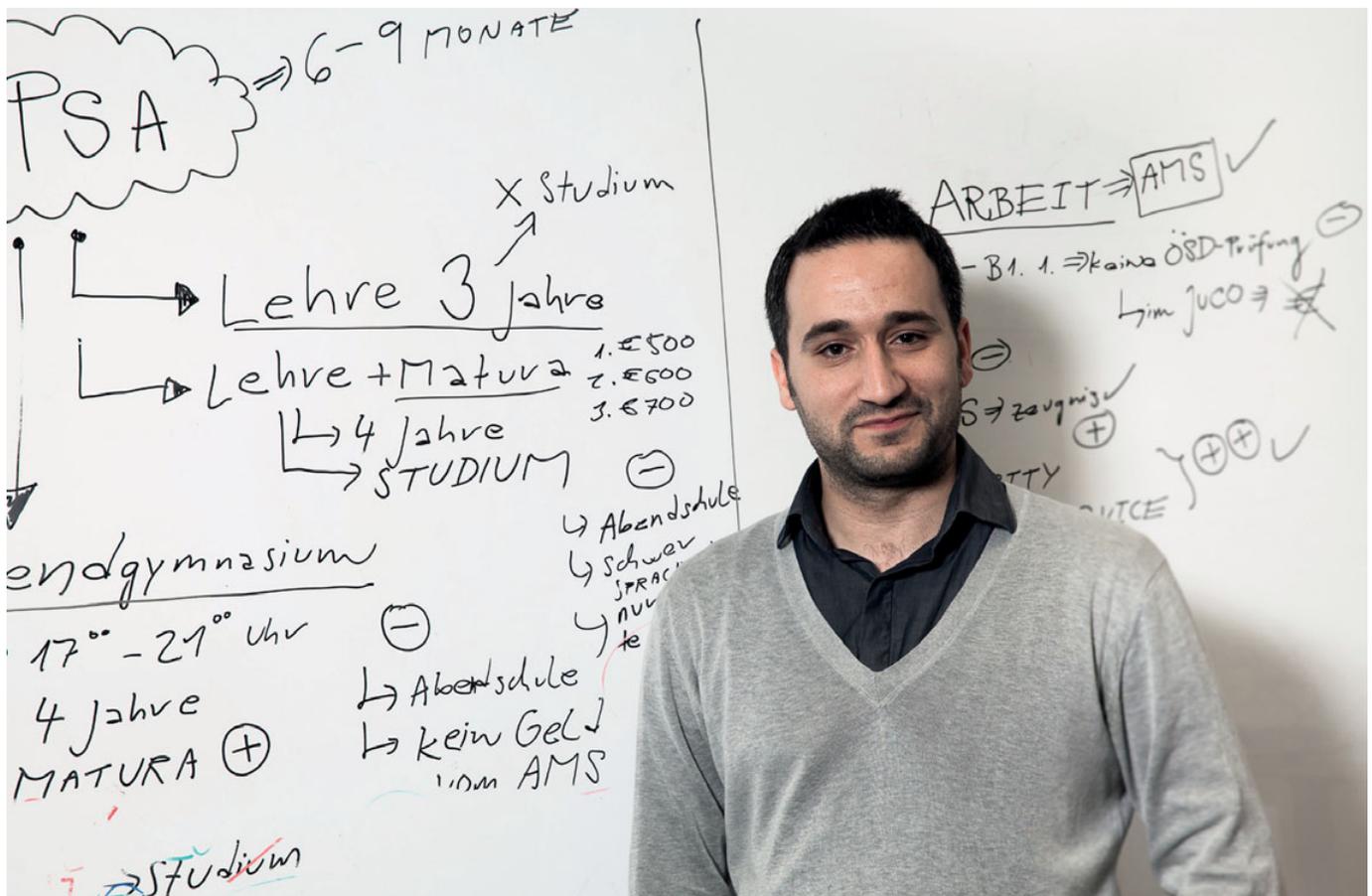
**„Mein Ziel ist es,
nie zum AMS
gehen zu müssen.“
Ameer Ibrahim**

einem Beratungszentrum namens Equalizent. Zusätzlich arbeitet er noch geringfügig als Referent bei der Magistratsabteilung 17. In seiner Freizeit lernt er Deutsch und liest viel Zeitung, Ameer ist es wichtig, über das Geschehen in Österreich bescheid zu wissen. Obwohl er in Syrien leidenschaftlich Basketball gespielt hat, fehlt ihm nun dafür die Zeit. „Mein Ziel ist es“, sagt er, „nie zum AMS gehen zu müssen.“ Und ein solches Vorhaben verlangt eben Einsatz.

Seine Geschichte ist die eines Kämpfers, eines selbstgemachten Mannes. Sie beginnt August 2014. Der Krieg in Syrien tobt weiter und Ibrahim, der bis dahin sein Land nicht verlassen wollte, sieht keine andere



Ameer Ibrahim, einer von etwa 250.000 Flüchtenden, die 2014 eine gefährliche Reise über das Mittelmeer und den Balkanstaaten auf sich nahmen. Was wurde aus ihnen?



„Ich hatte ein Studium der Finanzwirtschaft begonnen und als Kundenberater gearbeitet. Ich hatte mir was aufgebaut, das ich nicht aufgeben wollte.“

Chance. „Ich hatte ein Studium der Finanzwirtschaft begonnen und als Kundenberater gearbeitet. Ich hatte mir was aufgebaut, das ich nicht aufgeben wollte“, sagt er. Doch der Krieg erreichte Damaskus und er kann nicht mehr bleiben, also flieht er. Und dann stellt sich ihm eine Frage, über die er bis dahin nicht nachdenken musste: Wohin? In arabische Länder? In die Türkei? Oder doch Europa? Er entscheidet sich für Letzteres, weil „in Europa Flüchtlinge noch menschlich empfangen werden“, wie er sagt.

Eberndorf, Kärnten

Ameer Ibrahim war nur einer von etwa 250.000 Flüchtlingen, die 2014 eine gefährliche Route über das Mittelmeer und die Balkanstaaten nahmen, in der Hoffnung sich in Zentraleuropa endlich sicher zu fühlen. 2015 waren es über eine Million Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten wie Syrien, Irak, Libyen oder Afghanistan flüchteten. In den Medien wurde der Massenzustrom an Flüchtlingen zynisch als Krise bezeichnet, dabei hat Europa genügend Ressourcen, die Menschen aufzunehmen. Wenn nun über mangelnde Deutschkenntnisse der Geflüchteten geklagt wird, sollte

dazugesagt werden, dass es einen eklatanten Mangel an Kursplätzen gab. Eigentlich erstaunlich, dass die Integration trotzdem so gut funktioniert. Menschen wie Ameer Ibrahim sind ein Beispiel dafür.

Anfang Dezember 2014 setzt Ibrahim zum ersten Mal seinen Fuß nach Österreich. Traiskirchen. Von dort geht es weiter nach Kärnten. Eberndorf, Gemeinde Völkermarkt. Knapp 6.000 Einwohner. Hier gibt

Es war klar, ich muss Deutsch lernen. Ibrahim wartete nicht auf Kursangebote, sondern kaufte bei Thalia Bücher ein.

es wenige Möglichkeiten, die Zeit zu vertreiben, manchmal spaziert er am sechs Kilometer entfernten Klopeiner See. Aber Zeitvertrieb ist nicht seine Priorität. „Es war mir schon von Anfang an klar, dass ich unbedingt schnell die Sprache lernen muss“, so Ibrahim. Er wartet nicht darauf, bis ihm jemand einen Kurs anbietet, sucht im Internet nach Unterlagen, schaut Youtube Videos und geht bei Thalia Bücher einkaufen. Acht Monate später ist sein Deutsch auf A2 Niveau. „Für mich ist Deutsch wie ein Ozean, in dem man treibt. Immer wie-

der muss ich nach etwas greifen, um nicht zu versinken“, sagt Ibrahim poetisch. Er meint damit, dass er sich Hilfe holen muss. Egal, ob durch Bücher oder Gespräche. „Es war mir egal, wenn ich dabei Fehler gemacht habe. Ich wollte lernen“, so Ibrahim. Als er nach seinem positiven Asylbescheid die Möglichkeit bekommt, bei einer österreichischen Familie in Villach zu wohnen, lehnt er freundlich ab: die Stadt ist ihm zu klein. Er zieht nach Linz weiter. Dort erhofft er sich Arbeit, doch das entpuppt sich als schwierig. Beim AMS trifft er auf Berater, die ihm entweder nicht helfen können oder nicht helfen wollen. Seine Zeit will er aber nicht ungenutzt lassen und so beginnt er Intensivkurse zu besuchen. B1 und B2. Er stellt einen Antrag auf Familienzusammenführung und holt seine Frau und die gemeinsame, vierjährige Tochter nach Österreich. Sie kommen im Oktober 2015 in Linz an. Erst als sie da sind, merkt er, dass die Gesellschaft nicht immer Akzeptanz zeigt. „Meiner Frau und mir wurde des Öfteren mit Hass und Ablehnung begegnet“, sagt Ibrahim. Nach sechs Monaten verabschiedet sich Familie Ibrahim von Linz und zieht nach Wien um. Erst hier beginnt Ameer Ibrahim zu erblühen.



„Für mich ist Deutsch wie ein Ozean, in dem man treibt. Immer wieder muss ich nach etwas greifen, um nicht zu versinken.“

Wollte Arbeit statt Geld vom Staat

Er ersucht das AMS um Unterstützung bei der Jobsuche, verschickt aber auch täglich Bewerbungen per Mail. „Ich wollte etwas arbeiten und nicht Geld vom Staat beziehen“, sagt er. Seine Frau versteht nicht, wie er so optimistisch bleiben kann. „Ich wusste, dass ich was finden werde. Ich habe nur Deutsch gebraucht“, sagt er heute. Sein Trumpf im Ärmel ist, dass er Arabisch spricht. „Mir war klar, dass es Firmen geben muss, die Menschen suchen, die sowohl Deutsch als auch meine Muttersprache Arabisch können.“ Tatsächlich erhält er im Oktober 2016 seinen ersten Job, nämlich jenen bei Equalizent. Wenn Ameer Ibrahim über seine Jobs spricht, schwingt Stolz mit in seiner Stimme. Er redet dann langsamer, damit man auch wirklich jedes Detail versteht. Er macht den Eindruck, als würde er seinen Job lieben. Seine Aufgabe ist nun, Jugendliche zum Thema Bildung und Beruf zu beraten und betreuen. „Mein Job ist es, die Wünsche der Jugendlichen der Realität anzupassen“, formuliert Ibrahim es. Das bedeutet auch, dass er ab und an Jugendliche enttäuschen muss. „Manche träumen davon, Ärzte zu werden, haben aber keinen Hauptschulabschluss“, sagt er. Das sei nicht realistisch. „Ich muss dann schauen, etwas für sie zu finden, mit dem sie zufrieden sind“, erklärt er. Manchmal nutzt er seine neu gewonnenen Kenntnisse des österreichischen Bildungssystems, um auch seine Frau zu beraten. „Ich habe ihr zuallererst geraten, Deutsch zu lernen“, erzählt er. Sie besucht derzeit einen A1-2 Kurs. Er übt mit ihr, wenn er zu Hause ist. „Was sie danach macht, bleibt ihr überlassen. In Syrien hat sie Bankwirtschaft studiert, in Österreich kann sie darauf zurückgreifen. Seine Unterstützung hat sie – unabhängig davon, wie sie sich entscheidet.“ Wichtig ist“, sagt Ibrahim, „sich zu bemühen. In dem Zentrum, wo ich arbeite, gibt es einen 18-Jährigen, der mit mir gemeinsam nach Österreich gekommen ist. Er lernt immer noch A2“, sagt Ibrahim, während sein Unverständnis deutlich wird. Er glaubt, es mangle den Leuten an Motivation und Einsatz. Dass nicht jeder die Möglichkeit hatte, eine höhere Bildung in der Heimat zu genießen, vergisst der engagierte Mann mitunter. Natürlich, jeder will etwas Gutes für sich aufbauen, meint er. Und dafür müsse man jede Chance ergreifen. Auf die Frage, was denn sei, wenn das Leben oder die Gesellschaft gerade keine Chancen vergibt, antwortet er: Dann solle man sich selber welche schaffen. Wem keine Deutsch-Kurse vermittelt werden, der könne sich Sprachkenntnisse ja online zulegen. Und wer niemanden kennt, der sollte auf die Menschen zugehen, Kontakte knüpfen und Netzwerke schaffen.

Perfekter Poster Boy

Mit seiner Methodik wäre Ameer Ibrahim ein perfekter Poster Boy oder vielleicht sogar Integrationsbotschafter für Sebastian Kurz. Der predigt seit Jahren, dass Integration mit Leistung gleichzusetzen ist. Und obwohl Ibrahim mit der Integrationspolitik der ÖVP bzw. der Liste Kurz wenig anfangen kann – Zitat: „viel zu kalt und mechanisch“ – so zeigt er doch Verständnis für mehrfach kritisierte Forderung des Integrations- und Außenministers, geflüchtete Menschen sollten Ein-Euro-Jobs annehmen oder gemeinnütziger Arbeit nachgehen. „Wenn sie nichts anderes finden, sind auch diese Jobs gute Möglichkeiten, um besser Deutsch zu lernen und Kontakte zu knüpfen“, so Ibrahim. Würde er selbst auch so einen Job annehmen? Ja, sagt Ibrahim, wenn er nicht schon Arbeit hätte. Denn das wäre doch immer noch besser, als nur zu Hause zu sitzen oder im Park abzuhängen. Es sei immer ein Kampf gegen die Resignation. Man müsse dagegen ankämpfen und aktiv bleiben. Es brauche Zeit und Mühe, aber es lohne sich, sagt Ibrahim. „Nie aufgeben. Nie!“, sagt er und betont das Wort noch einmal. Leider, so beobachtet er, hören viele zu früh auf mit ihren Bemühungen.

Muhamed Beganic, vor 28 Jahren in Mazedonien geboren, verbrachte zehn Jahre seiner Kindheit in Skopje, sechs Jahre seiner Pubertät in den Niederlanden und lebt seither in Österreich. Er arbeitet als freier Autor und Redakteur und schrieb u.a. für die Zeitschrift „Das Biber“ und die „Wiener Zeitung“.



ERSTE BANK
MehrWERT Sponsoring



GEWALT GEGEN FRAUEN

Das tödliche Geschlecht

Mord aus Eifersucht, aus „Besitzansprüchen“ oder als letztes Glied einer langen Kette häuslicher Gewalt. Das tiefkatholische Lateinamerika gilt als eine der gefährlichsten Weltgegenden für Frauen. Nun protestieren Hunderttausende gegen die tradierte Gewalt, die einen eigenen Namen erhielt: Femizid.

TEXT: MILENA ÖSTERREICHER

Sie tragen Plakate in der Hand. Auf ihren Wangen, das Venussymbol. Manche halten Fotos, darauf die Gesichter von Frauen, ihr Name und Sterbedatum. Im Hintergrund erklingen Trommeln. Viele Frauen, auch einige Männer, rufen in Chören, halten ihre Plakate vor Kameras. „Es reicht“ und „Machismo tötet“ steht darauf mit dicken Filzstiften geschrieben. Es ist Sommer 2015. Die Straßen der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires füllen sich mit über 300.000 Menschen.

Im Mai des gleichen Jahres schockte die Nachricht des brutalen Mordes an der 14-jährigen Chiara Páez das Land. Sie war schwanger, ihr zwei Jahre älterer Freund wollte, dass sie abtreibt, sie weigerte sich. Ihr Freund erschlug sie und vergrub sie unter Mithilfe seiner Familie im Garten. Der Fall löste eine nationale Protestwelle aus: Die Bewegung „Ni una menos“ – „Nicht eine weniger“ – war geboren. Hunderttausende Menschen gingen auf die Straßen und protestierten gegen die anhaltende Ge-

walt gegen Frauen und die Straflosigkeit der Täter. Die Proteste sprangen auch auf andere Länder über: Brasilien, Chile, Uruguay und Peru. Im Sommer 2016 füllten über 50.000 Protestierende die Straßen der peruanischen Hauptstadt Lima.

„Familientragödie“, „Mord aus Eifersucht“, „Tödliches Beziehungsdrama“ – Was in Medien oft als Schlagzeile dient, verbirgt in der Realität ein grausames Phänomen: den Mord an Frauen, weil sie eben solche sind. Wird eine Frau aufgrund ihrer Zugehörig-



Ni una menos - Protestmärsche gegen Gewalt gegen Frauen haben sich seit 2015 aus Argentinien auf andere lateinamerikanische Staaten verbreitet.

keit zum weiblichen Geschlecht getötet, spricht man von Femizid (oder auch Femenizid). Mord ist dabei nur die Spitze einer Gewaltdiagonale. Die Opfer erleben meist zuvor schon Gewalt, werden geschlagen, vergewaltigt, manche gefoltert. Die Definition als Femizid hält Ada Rico, Präsidentin der argentinischen NGO „La Casa del Encuentro“, gegenüber MO für sehr wichtig. „Es ist notwendig, von Femizid zu sprechen, denn bei einem ‚einfachen‘ Mord wird nicht die Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen gestellt. Diese können damit auch nicht bekämpft werden.“ Eine Verantwortung sieht Rico auch bei den Medien, in Lateinamerika wird mittlerweile oft vom „femicidio“ gesprochen. Ein Begriff, der sich langsam auch im Alltag und in öffentlichen Diskussionen durchsetzt. Im Oktober 2016 veröffentlichte CEPAL, die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, eine Statistik zu Femiziden in Lateinamerika: durchschnittlich werden zwölf Frauen auf dem Kontinent täglich umgebracht. In Argentinien stirbt etwa alle 31 Stunden eine Frau an den Folgen häuslicher Gewalt.

„Es ist kein Wunder, dass „machismo“ ein spanisches Wort ist.“, sagt die kolumbianische Frauenrechtlerin Catalina Ruiz-Navarro in einem Interview mit Al Jazeera. LateinamerikanerInnen würden als „heißblütig“ gelten. Es werde als normal hingenommen, wenn ein Mann seine Frau aus Eifersucht töte, denn er habe sie eben leidenschaftlich geliebt.

Wird eine Frau aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht getötet, spricht man vom Femizid.

Ist Lateinamerika eine speziell gefährliche Region für Frauen? Ja und nein. Geht es nach NGO-Berichten und Statistiken, sind die Zahlen alarmierend. Das Schweizer Forschungsprojekt „Small Arms Survey“ veröffentlicht jedes Jahr eine Studie zu Waffengewalt und Todesopfern. Seit mehreren Jahren befindet sich die Hälfte der 25 „tödlichsten“ Länder für Frauen in Lateinamerika und der Karibik. Auf der aktuellen Liste der meisten weiblichen Todesopfer aus dem

Jahr 2016, die momentan vom Kriegsland Syrien angeführt wird, sind unter anderem El Salvador, Honduras, Venezuela, Guatemala und Jamaika.

Maria Teresa Medeiros Lichem, die an der Universität Wien zur Literatur und Genderfragen in Lateinamerika lehrt, sieht das Problem im gesellschaftlich verwurzelten „machismo“, in der organisierten Kriminalität und den dazugehörigen Clans. „Die Drogenbanden haben brutale Rituale, junge Männer müssen sich beweisen, um aufgenommen zu werden oder aufsteigen zu können.“, erklärt sie im MO-Gespräch. Ein weiterer Grund, warum Lateinamerika ganz oben in den Statistiken zu finden ist, sei ein nur langsam wachsendes Bewusstsein für das Thema. Immerhin haben NGOs in den vergangenen Jahren begonnen, einzelne Fälle zu registrieren und öffentlich zu machen. Zwar sieht Medeiros Lichem Gewalt gegen Frauen auch in anderen Weltregionen verbreitet, dort gebe es aber eine hohe Dunkelziffer. International existieren kaum vergleichbare Daten. Morde werden zuweilen als Suizid oder Unfall erfasst oder sta-



Frauenmorde haben eine lange Geschichte: von Hexenverbrennungen im Mittelalter über das Töten weiblicher Föten bis zu Eifersuchts- und „Ehrenmorden“.

tistisch nicht nach Geschlecht getrennt. In Lateinamerika erlangte das Thema speziell nach der Mordserie in der mexikanischen Stadt Ciudad Juárez Aufsehen. An die 700 Frauen wurden dort in den 1990er Jahren entführt und ermordet. Ihre misshandelten Körper tauchten später in der Wüste oder auf Müllhalden wieder auf. Kaum einer dieser Morde ist aufgeklärt, auch zwanzig Jahre später nicht.

Frauenmorde haben eine lange Geschichte: von Hexenverbrennungen im Mittelalter über das Töten weiblicher Föten bis zu Eifersuchts- und „Ehrenmorden“. Ist Femi-zid ein kulturelles, religiöses oder soziales Problem? „Es geht eher darum, wer in einer Gesellschaft die Vormachtstellung innehat und wie damit umgegangen wird.“, meint Birgitt Haller vom Institut für Konfliktforschung.

„Weil sie mir gehört“

Leo S. erschießt auf dem Wohnhausparkplatz seine Ehefrau, die mehr als ein Jahr zuvor eine Scheidungsklage eingebracht hatte. Herr F. rast absichtlich mit seiner Frau am Beifahrersitz in ein Haus, er ist schwer verletzt, sie verstirbt im Krankenhaus – Frau F. wollte sich von ihrem Mann

scheiden lassen. Alfred K. tötet seine ehemalige Partnerin mit einem Messerstich in die Brust. Das Paar hatte sich zwei Jahre zuvor getrennt, da die Frau eine lesbische Beziehung einging. – Das sind drei Beispiele aus einer Studie zu Tötungsdelikten in Beziehungen in Österreich, die Brigitt Haller im Jahr 2012 für das Frauenministerium analysiert hat. Zwischen 2008 und 2010 wurden 39 Strafverfahren gegen männliche

**„Viele weibliche Opfer neigen dazu, Gewalt zu verharmlosen und ihre Partner zu schützen.“
Konfliktforscherin Birgitt Haller**

Täter und acht Verfahren gegen weibliche Täterinnen untersucht. Die Täter stehen oftmals mit dem Opfer in einem Naheverhältnis: als Partner, Ex-Freund, Vater, Onkel, Liebhaber.

Konfliktforscherin Birgitt Haller sieht einen Unterschied bei den Taten, die von Männern und jenen, die von Frauen begangen werden: „Bei den männlichen Tätern geht es meist um Eifersucht und Besitzdenken.“ Bei den acht Gewalttaten durch Frauen spielten diese Gründe kaum eine Rolle. Zwei Drittel der Täterinnen waren zur

Tat alkoholisiert. „Würde man versuchen, anhand der acht Fälle ein typisches Szenario mit einer weiblichen Täterin zu skizzieren, dann sähe es so aus: Das Paar streitet in der Wohnung, beide sind betrunken, der Partner wird aggressiv und will die Wohnung verlassen, die Frau will, dass er bleibt, wird wütend, nimmt ein Messer und verletzt ihn. Daraufhin ruft sie die Polizei oder die Rettung, weil sie über die Verletzungen erschrickt“, sagt Haller.

Die Studie zeigte auch, dass es bei Gewalt gegen Frauen nur in wenigen Fällen Polizeiinterventionen und einstweilige Verfügungen gab. Viele weibliche Opfer neigen dazu, Gewalt zu verharmlosen und ihren Partner zu schützen. „Das ist uns bei Frauen, die in Gewaltbeziehungen leben, schon länger bekannt.“, sagt Haller. Auch deshalb seien Polizeibeamte gefordert, mit diesem Wissen sorgfältig umzugehen und einzuschreiten.

Lässt sich festmachen, wann die Gefahr, Opfer eines Beziehungsmordes zu werden, besonders hoch ist? Ja, laut der Studie ist das der Fall, wenn der Partner eifersüchtig ist, wenn sich die Frau trennen möchte, wenn sie in einer gewalttätigen Partnerschaft lebt sowie für Migrantinnen

und Frauen in bi-nationalen Beziehungen. Weiters hebt die Studie hervor, dass Frauen eher gefährdet sind, wenn sie berufstätig sind und ihr Partner schlechter verdient, arbeitslos ist oder in (Früh-)Pension. „Eine erfolgreiche bzw. ökonomisch unabhängige Frau wird offensichtlich schwer akzeptiert.“, so Haller.

Frauen unerwünscht

Frauenmorde ereignen sich jedoch nicht ausschließlich in Beziehungen oder Naheverhältnissen. Seit Jahren Gewalt gegen Frauen in Indien weltweit für Schlagzeilen. Im Dezember 2012 misshandelten sechs Männer eine junge Frau in einem Bus brutal, sie starb an ihren Verletzungen. Im August 2013 sperrten die Täter ein siebenjähriges Mädchen tagelang auf einer Zugtoilette ein und vergewaltigten es. Im Oktober des gleichen Jahres missbrauchte eine Gruppe von Männern eine 16-Jährige. Als sie später Anzeige erstattete, brachten sie sie um. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Das sind keine isolierten Ereignisse, dahinter steht eine gesellschaftliche Haltung. Eine Million weibliche Föten werden jedes Jahr abgetrieben, da Mädchen weniger „bieten“. Söhne gelten oftmals als Ernährer der Familie, sie führen den Familiennamen weiter. Männliche Nachkommen unterstützen die Eltern auch finanziell. Mädchen hingegen verlassen das Elternhaus, wenn sie heiraten, kann die Mitgift die Familie teuer zu stehen kommen. Immer wieder kommt es vor, dass Mädchen nach der Geburt ausgesetzt oder stranguliert werden. Wie hoch diese Tötungsrate ist, darüber gibt es nur Schätzungen.

Prävention

Für eine bessere Faktenlage zur Bekämpfung von Femiziden plädiert auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Sie fordert ein spezielles Training für die Polizei und Gesundheits- bzw. SozialarbeiterInnen, um Zeichen anhaltender Gewalt recht-

Die WHO fordert ein spezielles Training für die Polizei zur Bekämpfung von Femiziden.



zeitig zu erkennen. Die WHO spricht sich auch für striktere Waffengesetze aus. Ist eine Schusswaffe im Haus, dann sei es für Frauen dreimal wahrscheinlicher, getötet zu werden. In Ländern mit hohen Mordraten werden mehr als 60 Prozent der Frauen durch eine Waffe ermordet.

Birgitt Haller vom Institut für Konfliktforschung sieht in der Sozialisation von Männern einen wichtigen Aspekt der Prävention. „Es geht darum, schon bei jungen Buben anzusetzen und zum Beispiel mit Themen wie Schwäche und Stärke zu arbeiten.“ Dem stimmt die gebürtige Bolivianerin Teresa Medeiros Lichem zu: „Wir müssen aufhören, den Macho-Mut zu glorifizieren. Von klein auf wird Buben gesagt, sie dürften nicht weinen. Im Kindergarten bekommen sie Plastikpistolen in die Hand gedrückt.“ Es müsse gezeigt werden, dass es feig sei, einer Frau Gewalt anzutun.

Hohe Strafen

In einigen Ländern, wie Argentinien, Brasilien, Nicaragua oder Peru, gilt Femizid mittlerweile als eigener Straftatbestand. Dieser wird höher geahndet: in Argentinien gibt es anstatt 12 bis 25 Jahre lebenslange Haft. Braucht es extra höhere Strafen? Ja, meint Medeiros Lichem, auch wenn das Leben einer Frau natürlich nicht mehr wert sei als das eines Mannes. Das Problem der weit verbreiteten Gewalt gegen Frauen sei aber so lange ignoriert worden, dass diese Gesetze nun notwendig sind.

Das Ausmaß der Gewalt verringert sich dadurch jedoch nicht. Ohnehin sei Strafflosigkeit weit verbreitet. Oftmals kommt es zu „freundschaftlichen“ außergerichtlichen Einigungen. Prozesse ziehen sich in die Länge. Viele Opfer kommen aus ärmeren Familien, sie können sich die Prozesskosten nicht leisten.

In El Salvador wird Femizid als eigener Straftatbestand gewertet. Aber weniger als drei Prozent der Fälle landen wirklich vor Gericht. Ein neuer Gerichtshof speziell für Gewalt gegen Frauen soll das bald ändern. In diesen Gerichten sollen RichterInnen urteilen, die dafür besonders geschult sind. Die vorsitzende Richterin Glenda Baires sagte in einem Interview, sie werde dafür sorgen, dass Gewalt gegen Frauen nicht länger entschuldigt wird.

Milena Österreicher arbeitet als freie Journalistin, unterrichtet Deutsch als Fremdsprache und übersetzt aus dem Spanischen ins Deutsche. Sie hat Publizistik und Transkulturelle Kommunikation in Wien und Madrid studiert.

www.milenaosterreicher.com

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Eva Vasari
(Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva Bachinger,
Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Muhamed Beganovic, Nour Khelifi,
Milena Österreicher, Martin Schenk, Philipp Sonderegger,
Vladimir Vertlib, Karin Wasner, Bernhard Weidinger,
Kathrin Wimmer

BUSINESS DEVELOPMENT:

Magdalena Summereder

COVERBILD:

Alexander Pollak

LEKTORAT:

Magdalena Summereder

ARTDIREKTION:

Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT:

Theo Kammerhofer

DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

Katharina Hofmann-Sewera

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS:

Bernhard Spindler, abo@momagazin.at

T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE:

40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch

gegen Rassismus und Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie und

Migration. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung

der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren

ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht

ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien

liegen bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.



IM PORTRÄT: BINATIONALE PAARE

Lisa und Strahinja

FOTO UND TEXT: KARIN WASNER

Lisa (44) und Strahinja (26) lebten drei Jahre Tür an Tür ehe sie ein Paar wurden. Er in seiner Studenten-WG, Lisa in der Wohnung nebenan. Strahinja verließ Belgrad 2010, um Jazzklavier in Wien zu studieren. Derzeit erweitert er sein Diplom durch ein Lehramtsstudium und ist auf Arbeitssuche. Lisa trieb die Sehnsucht nach mehr Freiheit bereits Anfang der 1990er von Vorarlberg nach Wien, wo sie seit 2001 als freischaffende Illustratorin arbeitet. Die Liebe zwischen den beiden begann mit Lebensmitteltausch, Kaffeepausen und WG-Partys. An ihren Jahrestag können sich bei-

de gut erinnern, es war der Tag der Arbeit. Strahinja war damals noch keine zweiundzwanzig. „Mehr als unsere unterschiedliche Herkunft irritiert andere unser Altersunterschied.“ Sie selbst spüren diese Unterschiede kaum, im Kontakt mit anderen Menschen werden sie manchmal aber deutlich. Das ökonomische Überleben und langfristige Pläne als binationales Paar finden beide schwierig. Zum einen aufgrund der prekären Jobsituation für Drittstaatsangehörige, zum anderen aufgrund der Aufenthaltsunsicherheit. „Die viel beschworene Globalisierung ist

auch im Bereich der Partnerschaften ein Privileg der Reichen“, findet Lisa. „Für uns ist sie eine Zerreißprobe. Das Einkommensgefälle zwischen uns – wie bei vielen binationalen Paaren – belastet die gegenseitige Wertschätzung. Es fordert uns aber auch, immer wieder zu überlegen, wohin wir wollen, was uns ausmacht und zusammenhält.“ An Strahinja schätzt Lisa besonders seine Charakterfestigkeit und Klarheit. „Und dass er eine verspielte, provokative und sehr liebevolle Seite hat.“ Strahinja kontert sofort: „Lisa ist eine selbstbewusste, starke Frau. Das bewundere ich.“

POPULÄR GESEHEN

Datenkörper

Über Gesundheits-Apps und Selbstoptimierer.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Beide haben Platz genommen an einem kleinen gemütlichen Tisch in ihrem Lieblingsbeisl. Nina und Kurt gehen gerne hier her. Das Internet ist schwach in der hinteren Ecke beim Hofausgang. Das hat den Vorteil, dass die Krankenversicherung nicht checken kann, was sie essen und trinken. Nina bestellt ein Bier und auch gleich eines für Kurt. Ihre Smartphones legen sie vorsichtig neben sich. Alles bleibt ruhig. Bis das Bier serviert und der erste Schluck gemacht ist. Kurts Handy beginnt rot zu blinken und heftig zu vibrieren. Verdammte, das Netz geht heute auch hier hinten. Kurt schaut Nina an. Die zuckt mit den Achseln. Die App der Krankenversicherung hat das Bier erkannt. Das wird den Versicherungstarif im nächsten Monat für Kurt hinauf schnalzen lassen. Ungesundes – dazu zählt die App ein Glas Bier – wird bestraft. Am Nachbartisch sitzen zwei Männer, die sich bereits das zweite Bier bestellen. Ohne dass die Gesundheitskontrolle angeschlagen hätte. Kurt und Nina schauen sich vielsagend an. „Sind wahrscheinlich in anderer Einkommensklasse“, sagt Nina. Kurt nickt. Personen mit höherem sozialen Status dürfen mehr trinken, weil der Algorithmus der Versicherung das sinkende Krankheitsrisiko bei steigendem Einkommen mit einberechnet. Der finanzielle Vorteil kommt den reicheren Nachbarn gleich mehrfach zu Gute. Schaut die Geschichte von Kurt und Nina wie eine erfundene Zukunftsvisi-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

on von morgen aus, so hatte der Versicherungskonzern Generali bereits heute Preisnachlässe angekündigt, wenn KundInnen ihm die Körperdaten per App zusenden. Wer sich zukünftig der Kontrolle verweigert, wird einem Generalverdacht ausgesetzt: Bist du kein Selbstoptimierer? Die Versicherungen schaffen es so, immer mehr Risiken auf die Versicherten abzuwälzen und zu behaupten, dass diese an ihren Krankheiten selber Schuld sind. Doch wie werden wir uns fühlen, wenn jede Handlung von uns prinzipiell verdächtig ist? Wird uns dann das Gesundheits-App zur elektronischen Fußfessel?

Kurt und Nina haben genug für heute Abend. Sie lassen die vollen Gläser zurück, zahlen und machen sich auf zur U-Bahn. Beide ergattern die letzten freien Sitzplätze und starren müde ins Leere. Sie bemerken das kleine Werbeplakat ihnen gegenüber nicht, das bereits einen schnellen Check mit der eingebauten Gesichtserkennung veranlasst hat. Das Smartphone in Ninas Tasche beginnt auffordernd zu vibrieren. Sie holt es aus dem Mantel und liest die rot blinkende Nachricht: „Sie steigen jetzt aus und gehen die letzten Stationen zu Fuß. Ihre Gehbilanz ist unterdurchschnittlich. Mit gesundheitlichen Grüßen, Ihre Versicherung.“ Nina wirft Kurt einen verzweifelten Blick zu: Wir können uns höhere Tarife nicht mehr leisten. Ich steig aus.

SONDERECHE

Der Alleingang

Stauend fragen wir uns: Warum ist Sebastian Kurz bloß so erfolgreich?

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Der künftige Kanzler ist an Talenten reich gesegnet. Doch eine Begabung des Sebastian Kurz sticht heraus. Er beherrscht die Kunst des Alleingangs. Nehmen wir das Dachstein-Video vom Wahlkampf. Die Sterne funkeln noch als Kurz in die Route einsteigt. Er werde das Land wieder an die Spitze führen. Die Stirnlampe lenkt den Blick über Gletscherspalten. Gefahr lauert. Doch Kurz durchschreitet das Eisfeld zügig. Oben am Gipfel ist nicht viel Platz. Was sagt einer, der die Welt als Spitze denkt zu denen, die unten geblieben sind? Kurz blickt dem Morgenrot entgegen. Er macht das für uns alle, beteuert er. Am Ende hätten alle etwas davon. Aber fehlt auf dem Video nicht etwas? Das Seil, mit dem das Leben von Kurz an seinen Bergkameraden hängt, es führt auf den Kamerabildern ins Leere. Die Gefährten wurden penibel rausgeschnitten. Sie passen nicht in die Erzählung vom Gehen des einsamen Weges. Die Gipfel-Metapher bildet das Herzstück türkisch-schwarzer Ideologie. In der Leistungsgesellschaft bestimmt die Anstrengung des Einzelnen über die Verteilung von Ressourcen, Chancen und Status. Im Sinnbild des Gipfels jedoch ist das Leistungsprinzip auf eine ganz bestimmte Weise ausgeprägt. Eine Pyramide ist keine Kugel, da ist nicht für alle oben Platz. Die zentrale Achse läuft vertikal. Ein erster Platz bedingt einen zweiten. Konkurrenz geht vor Kooperation. Du oder ich. Früh hat Kurz auch in der Asylkrise von 2015 auf den nationalen Alleingang ge-

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

setzt. Das dokumentiert ein neues Buch von Redakteuren der Tageszeitung „Die Presse“. Sie rekonstruieren was sich damals hinter den Kulissen ereignete. Kurz wollte einen Dominoeffekt durch bilaterale Grenzschließungen auslösen. Wenn ein Land die Balken runter lässt, müssen die anderen nachziehen. Europa war in der Vergangenheit durch Krisen gewachsen. Diesmal sollte eine gemeinsame Lösung verhindert werden. Denn die ÖVP will eine Vergemeinschaftung der Asylpolitik verhindern. Daran arbeitet sie seit Jahren.

Die Dominosteine hatten aber andere angestoßen. Nachdem Ungarn Mitte Oktober die Grenzen schloss, wollte Slowenien nachziehen und lud zum Polizeigipfel mit Mazedonien, Serbien und Griechenland. Mit dem Ergebnis, dass Mazedonien im November den Zugang drastisch einschränkte. Beim zweiten Treffen im Dezember vereinbarte man schon die Registrierung der Flüchtlinge. Österreich stieß dann beim dritten Meeting im Jänner dazu. Da war bereits alles gelaufen. Das zeigen auch die Statistiken der deutschen Behörden. Im November brach die Zahl der Grenzübertritte ein. Als Kurz im Februar Amtskollegen nach Wien lud, um „die Balkanroute zu schließen“, waren die Zahlen bereits unter die Werte von 2014 gefallen. Es nützt vielleicht nicht allen, wenn nach der Krise weiter gewurschtelt wird wie davor. Den Alleingänger soll das nicht hindern, sich einen Erfolg auf die Fahnen zu heften.

Die Abwahl der AntirassistInnen

Der Nationalrat ohne Grüne. Viele meinen: selber schuld. Doch das Fehlen einer klar antirassistischen Kraft ist ein demokratiepolitisches Problem.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist freie Journalistin und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Die Grünen sind aus dem Nationalrat geflogen. Für die einen eine Enttäuschung, wieder andere frohlocken: Die FPÖ Groß-Enzersdorf lud sogar zu einem Abschiedsfest mit Freibier - eine Geschmacklosigkeit, kritisierten die lokalen Grünen. Die Festivität wurde dann ohnehin aus Sorge vor Ausschreitungen linker AktivistInnen, wie es hieß, abgesagt. Dass die FPÖ die Niederlage der Grünen feiern wollte, ist aber nicht verwunderlich und nachvollziehbar. War doch die FPÖ mit vielem, wofür sie steht, das Feindbild der Grünen - und umgekehrt. Überraschend ist eher das Achselzucken vieler Liberaler und Ex-Grünwähler. Das manchmal latente, oft explizite: Selber schuld, kein Mitleid angesichts der internen Querelen in der Partei. Sie könnten ja ohnehin beim nächsten Mal wieder antreten. Das sei kein Drama. Doch das Fehlen einer klar antirassistischen Partei im Parlament ist für viele Menschen genau das - dramatisch. In den vergangenen Jahren haben sich ÖVP und SPÖ der FPÖ inhaltlich angenähert. Ein Schwenk, der von vielen ihrer WählerInnen angesichts der steigenden Zahl von ZuwanderInnen auch eingefordert wurde. Das jüngste Wahlprogramm der Neuen Volkspartei unterscheidet sich in Sachen Zuwanderungs- und Asylpolitik kaum mehr von dem der FPÖ. Im Wettstreit der Ideen, wie Migration gemanagt werden soll, konnten sich die Freiheitlichen durchsetzen. Die Mitte rückte nach rechts. Die Forderungen aus dem Anti-Ausländer-

volksbegehren der Haider-FPÖ, die 1992 noch rund 300.000 Menschen - darunter auch Konservative - auf die Straße trieb, sind längst Mainstream und wurden unter Rot-Schwarzen-Regierungen größtenteils umgesetzt. Die drei stärksten Parteien im Nationalrat treten für einen Zuwanderungsstopp ein - auch wenn sie ihn teilweise unterschiedlich begründen. Auch die bisher artikulierte Position der Liste Pilz in Asylfragen deutet in eine restriktivere Richtung. So wie die der NEOS. Und das Wahlergebnis zeigt, dass die Mehrheit der ÖsterreicherInnen diese Politik auch richtig findet. Doch ein anderer Zugang zu Migration und Asyl ist mit dem Ausscheiden der Grünen nun im Nationalrat nicht mehr vertreten. Die Grünen sind über die Jahre hinweg bei ihrer Vorstellung einer offenen Gesellschaft geblieben. Bei der Forderung, dass es Menschen aus anderen Ländern möglich sein muss, legal nach Österreich zu kommen - unabhängig von ihrem Bildungsstand. Dass die Genfer Flüchtlingskonvention nicht beschnitten, sondern auf Klimaflüchtlinge ausgeweitet werden sollte. Dass ethnische, sprachliche und religiöse Vielfalt für eine aufgeklärte Gesellschaft keine Bedrohung sind. Demokratiepolitisch ist das Fehlen dieser antirassistischen Kraft, die die Positionen von Minderheiten im Parlament artikuliert, jedenfalls bedenklich. Und dass sich nun vielleicht noch mehr Menschen in Österreich von keiner Partei vertreten fühlen, darüber sollte kein/e Demokrat/in die Achseln zucken.

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler porträtiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

TEXT: NOUR-EL-HOUDA KHELIFI

Anti-Expertin

Eins vorweg: ich bin hier nicht als Expertin da. Keine Islamexpertin, keine Kopftuchexpertin, keine Integrationsexpertin. Denn momentan wimmelt es in diesem Land nur von Experten, lautstarkes und medienwirksames Kritisieren anderer, ohne jemals mit ihnen gesprochen zu haben. Ist die einfachste und auch fadenscheinigste Art sich selbst in den Mittelpunkt zu stellen. Das ständige Pauschalisieren und Diffamieren bringt uns keinen Schritt weiter, im Gegenteil. Wir reden nur noch mehr aneinander vorbei, jeder lebt in seiner eigenen Blase, was unerwünscht ist, wird indirekt rausgedrängt. Ich möchte Sie, als Leserin und Leser in meine Lebensrealität einführen. Einen Einblick gewähren in meine Welt als Journalistin, Studentin, Hobbykünstlerin und Favoritnerin mit tunesischen Wurzeln. Ach ja, und als Muslimin eben auch. Sie merken, Identität kann man sehr schlecht an nur einem Faktor festmachen. Denn Identität setzt sich aus vielen Komponenten zusammen. Nationalität, Heimat, Sprache, Glaube, Hobbys, Freunde, und, und, und. Genau diese Vielschichtigkeit gilt es zu zeigen. Repräsentation spielt da zum Beispiel eine sehr wichtige Rolle. Die ist aber im Moment nicht vorhanden, wenn wir mal die Medien unter die Lupe nehmen,

die eine Vorbildfunktion einnehmen. Die österreichischen Medien, oder besser gesagt die Redaktionen entsprechen heutzutage ja kaum noch der demografischen Realität. Dabei wäre genau dieser Punkt ein wichtiger Ansatz, um der Entstehung von Parallelgesellschaften vorzubeugen. Mehr Inklusion und adäquate Repräsentation. Nicht-bio-österreichische Jugendliche, die ihresgleichen nicht in den Medien vertreten sehen, werden eben auf Medien zurückgreifen, wo das eben der Fall ist. Und dieser Medienkonsum besteht dann hauptsächlich aus Kanälen aus dem Heimatland der Eltern. So entstehen dann unter anderem Parallelgesellschaften. Weil niemand gerne in Kreisen verkehrt, in denen er nicht erwünscht ist oder nichts mitzureden hat.

Suderantin vom Dienst

In einigen Redaktionen, in denen ich bis heute aktiv bin, war ich für viele meiner Kolleginnen und Kollegen die erste muslimische Frau – und auch noch mit Kopftuch – mit der sie jemals persönlich in Kontakt getreten sind. „Seid Ihr jetzt die Parallelgesellschaft?“, war mein erster sarkastischer Impuls. Wir haben die Situation mit Humor genommen, aber dennoch waren wir uns alle einig: Wie kann es möglich sein, in einer so bunten Stadt wie Wien keinen

gut durchmischten Freundeskreis oder kein ebensolches Netzwerk zu haben? Das wäre ja genauso, wie wenn ich keinen einzigen autochthonen Österreicher kennen oder in meinem Freundeskreis haben würde. Das wäre absurd. Deswegen versuche ich mir immer wieder im Gespräch mit meinen Kolleginnen und Kollegen ins Gedächtnis zu rufen: Wieviel haben ihre eigenen Lebenswelten mit meiner zu tun? An wen können sie sich wenden, wenn sie mit unbekannteren Lebensrealitäten oder mit gesellschaftlichen Entwicklungen am Arbeitsplatz konfrontiert werden, wenn ich da nicht arbeiten würde? Und müsste nicht die Mehrheitsgesellschaft ein Stück entgegenkommen? Auch ich musste mal auf diese Erkenntnis stoßen, um dementsprechend entspannt und informierend in solchen Situationen zu reagieren. Ansonsten ver falle ich immer in meine alten Muster – ich fange an zu sudern. Und als g'standene Wienerin führt da auch leider kein anderer Weg daran vorbei.

bezahlte Anzeige

Servicestellen im Überblick

ÖSTERREICHWEIT - KOSTENLOS - BARRIEREFREI



Service für Bürger und Bürgerinnen

Mo bis Fr 8:00 bis 16:00 Uhr

Tel.: 01 711 00-86 22 86

Mail: buergerservice@sozialministerium.at



Broschürenservice Broschüren-Bestellservice

Mo bis Fr 8:00 bis 16:00 Uhr

Tel: 01 711 00-86 25 25

Mail: broschuerenservice@sozialministerium.at



sozialministerium.at



www.sozialministerium.at/broschuerenservice

125%
dedication
125 years of Kapsch

Kapsch Group

Der Blick nach vorne hat bei uns Tradition.

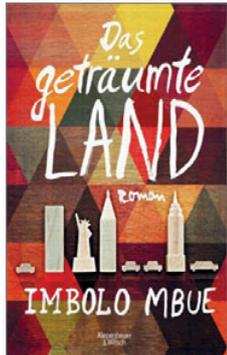
Bei Kapsch wird Zukunft schon heute gelebt. Technologischer Fortschritt erfordert permanente Innovation sowie das stetige Hinterfragen des Status Quo. Nur so entstehen maßgeschneiderte Lösungen, die neue Standards setzen und maximalen Kundennutzen garantieren.

>>> www.kapsch.net

kapsch >>>
challenging limits

POPULÄRKULTUR

BUCH



Was Trump lesen sollte

Eine Million Dollar als Vorschuss soll die Autorin für dieses Buch erhalten haben, das die Washington Post mit den Worten „The one novel Donald Trump should read right now“ ankündigte. „Das geträumte

Land“ (Original: „Behold The Dreamers“) handelt vom amerikanischen Traum: Jende Jonga, Migrant aus Kamerun, der mit seiner Familie in Harlem, NY, lebt, heuert unter allerlei Finten bei einem Banker der Lehman Brothers an und wird dessen Chauffeur. Auch wenn ihm die endgültige Aufenthaltsgenehmigung noch fehlt, zittert er sich in einen Job, der alles, sein Leben und das seiner Familie, fundamental ändern könnte. Später wird Jendes Frau als Kindermädchen bei der Bankerfamilie arbeiten. Und noch später wird vor den Augen der LeserInnen die reiche und allmächtig wirkende Familie Edwards langsam zerbröseln. Die Autorin hält für diese Entwicklung einige gloriose Überraschungen parat.

Überrascht wird man von Imbolo Mbues Buch und deren Sprache eigentlich vom ersten Satz an. „Das geträumte Land“ ist keine dürre Erzählung, in der das Leid sein Publikum überwältigen soll. Mbue erweist sich als wortgewaltige, gewitzte Erzählerin, deren Reichtum an Details und Ausschmückungen, an kuriosen kleinen Wendungen und ironischen Beschreibungen immer wieder verblüfft. Und dennoch bleibt Mbue hart an der Realität, als wäre es letztlich eine Reportage, die man hier liest. Schon bald entsteht der Eindruck, dass dieser Blick auf die USA so glasklar nur von einer Migrantin stammen kann. Tatsächlich ist Mbue in Kamerun in extremer Armut aufgewachsen. Sie kam 1998 in die USA,

wo sie an der Rutgers University in New Jersey und an der Columbia University in New York studierte. Mit diesem ihrem ersten Roman „Behold the Dreamers“ legt sie eine befreiend komische Erzählung vor, die durch die Verquickung des Lebens der beiden Familien weit über die Beschreibung eines (oftmals von Zufällen abhängigen) migrantisches Daseins hinausreicht. Das Buch neben vielen anderen Dingen auch eine Reflexion über die Relativität von Glück und bewegt sich damit ganz nahe an einem US-amerikanischen Mythos. (gun)

Imbolo Mbue
Das geträumte Land
 Kiepenheuer&Witsch, 2017
 424 Seiten, 22 Euro

BUCH



Soziales Netz für alle

Ein alter Mann sitzt auf einem Parkplatz mit Socken am Boden, Krücken und Hut liegen neben ihm. Auf einem Stück Papier ist zu lesen: „Hört auf den Namen ‚Opa‘ Danke.“ So

weit eine der Illustrationen, mit denen der Karikaturist Gerhard Haderer jedes Kapitel dieses Buches kommentiert. In diesem Fall geht es, unschwer zu erraten, um die Zukunft der Pflege. Dass diese für künftige Generationen nicht finanzierbar ist, halten die Autoren Schenk und Schriebl-Rümmele für einen Mythos. Sie verweisen auf eine Befragung, wonach der Gesundheitszustand von PensionistInnen insgesamt positiv sei. Selbst bei den über 85-Jährigen sind nur 13 Prozent der Männer und 36 Prozent der Frauen in ihren Alltagsaktivitäten „stark“ eingeschränkt. Das bedeutet, dass auch wenn die Anzahl pflegebedürftiger Menschen in Zukunft steigt, die Dauer der stationären Pflege

oft nur auf die letzten Lebensmonate beschränkt ist. „Wo es Investitionen braucht“, so die Autoren, „ist mobile Pflege und Betreuung.“

„Genug gejammt“ ist ein Buch, das gewissermaßen die neuralgischen Punkte unserer Gesellschaft aufgreift, jene Themen, an denen die Politik und ihre Lösungsangebote gemessen wird (oder gemessen werden sollte). Die Kapitel tragen Titel wie Armut, Bildung, Arbeit, Wohnen oder Pensionen und erweitern den notorischen öffentlichen No-future- und Feel-bad-Diskurs um einige Betrachtungen. Immer wieder vernehmen wir, dass dieses und jenes in Zukunft nicht mehr zu finanzieren sei. Etwa die Pensionen. In Kapitel 8 des Buches

dröseln die Expertin Christine Mayrhuber diese fast schon zum Dogma gewordene Zustandsbeschreibung auf und zeigt, dass Arbeitsmarkt, Alterssicherung, Verteilung, Demographie und Ökonomie etwas mehr Spielraum lassen als jene Sicht der Unfinanzierbarkeit. Wer sich davon ein Bild machen möchte, wird in „Genug gejammt“ ganz sicher fündig. (gun)

Martin Schenk, Martin Schriebl-Rümmele
Genug gejammt!
Warum wir gerade jetzt ein starkes soziales Netz brauchen
 Ampuls Verlag, 2017
 180 Seiten, 18,90 Euro

Reine Formsache: das STANDARD-Abo.

Unabhängig, kritisch und unbeugsam
in jedem Format. Ganz egal ob
klassisches STANDARD-Abo, Kompakt
oder E-Paper: Sie lesen richtig.

**JETZT
GRATIS
TESTEN!**



E-PAPER

KOMPAKT

derStandard.at



derStandard.at/Testlesen

POPULÄRKULTUR

BUCH



Verschwörung um Bob Marley

Ein epochaler Roman, der weder kurz ist, noch mit sieben Morden auskommt. Autor Marlon James taucht den Leser vom ersten Moment an in einen wüsten Plot, der sich rund um ein Attentat auf Bob Marley am 3. Dezember 1976 veräs-

telt, und einen schon bald umwuchert und umschlungen hat. Hier prahlen CIA-Agenten und Gangster aus den Ghettos von Jamaica, produzieren sich Prostituierte und Politiker, agitieren Auftragskiller, Drogenhändler und Revolutionäre. Jamaica entsteht in deftiger, sexualisierter Sprache, in der sich Witz und irritierende Grausamkeit die Waage halten, und wird zum Schauplatz einer (post)kolonial überformten Gesellschaft, in der es viel gibt, nur keine behütete Welt. Immer wieder finden sich popkulturelle Verweise, respekt-einflößende Milieubeschreibungen fungieren als eigentliche Matrix des Geschehens, das nur scheinbar einem kriminologischen Interesse folgt. Das besondere an diesem mit dem Man-Booker-Prize ausgezeichneten Buch: Autor Marlon

James verzichtet gleichsam auf seine Autorenschaft und lässt jeweils in abwechselnder Folge die wichtigsten seiner Charaktere selbst sprechen. Über vier Seiten zieht sich allein das Glossar der handelnden Personen, denen James von 1976 (Kapitel „Original Rockers“) bis 1991 (Kapitel „Sound Boy Killing“) und bis nach New York und Miami folgt. Und immer wenn jemand in diesem Buch spricht, heißt es für die anderen Sendepause. Verdammte Scheiße, Mann. (red)

Marlon James
Eine kurze Geschichte von sieben Morden
 Verlagsgruppe Random House, 2016, 860 Seiten, 28 Euro

THEATER



Fantomas Monster

Teil 2 der Theater-Reihe von Gin Müller/Jan Machacek/ Edwarda Gurrola zum Thema Staatsterror und menschliche Superhelden. Diesmal führt die Graphic Novel von Wien nach Mexiko, das von Gewalt, Narco-Bandenkriegen und politischer Korruption gebeutelt wird. Die mexikanische Erzählerin macht sich auf die Suche nach ihrem Bruder, einem der 43 StudentInnen von Ayotzinapa. „Fantomas gegen die Angst und das Vergessen“ findet an ausgewählten Tagen im November und Dezember im Theater Nestroyhof Hamakom statt.

BUCH



Vom Bienensterben zur Dystopie

Einen weiten zeitlichen Bogen spannt die norwegische Kinder- und Jugendbuchautorin in ihrem ersten Roman für Erwach-

sene. Von England im Jahr 1852 über die USA 2007 bis China 2098. Wie durch unsichtbare Fäden verbindet sie drei Familiengeschichten, die sich am Ende kreuzen könnten. Eingerahmt wird diese Erzählung durch die hypothetische Frage, was wäre, wenn die Biene durch Pestizideinsatz und die Industrialisierung unserer Landwirtschaft eines Tages ausstirbt. Mit ihrer Vorausschau auf das Jahr 2098 entwirft Lunde ein mögliches Szenario: Myriaden von ArbeiterInnen werden verpflichtet, nun selbst in die Obstbäume zu steigen und die Blüten zu bestäuben. Die Kettenreaktion, die durch das Bienensterben ausgelöst wird, endet in

furchtbaren gesellschaftlichen Verwerfungen, einer Art moderner Zwangsarbeit und Lebensmittelrationalisierungen, während ein rigides Kontrollsystem die Menschen lenkt. Lunde setzt für ihre Orwell'sche Dystopie China als symbolhaften Ort, womit sie aber auch an stereotype Asienbilder erinnert. Menschlicher geht es im Ohio unserer Zeit zu, das spannungsreiche Verhältnis zwischen Vater und Sohn lebt von der späßig zugespitzten Vaterfigur, die ihre Gefühle immer nur in extrem unpassenden Wortmeldungen auszudrücken vermag. In der Beschreibung brüchiger bis tragischer Familienkonstellationen liegen auch die stärks-

ten Momente von Lundes Erzählung. „Die Geschichte der Bienen“ ist, anders als der Titel vermuten lässt, keine Kulturgeschichte der Honigbiene, sondern stellt den durchaus reizvollen Versuch dar, eine Teleologie der Menschheit zu entwerfen, in der noch die kuriosesten Entwürfe aus der Vergangenheit – etwa jener für ein ausgeklügeltes Bienenhaus – als Spuren in der Zukunft auftauchen. (red)

Maja Lunde
Die Geschichte der Bienen
 btb Verlag, Verlagsgruppe Randomhouse, 2017
 510 Seiten; 20,60 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH

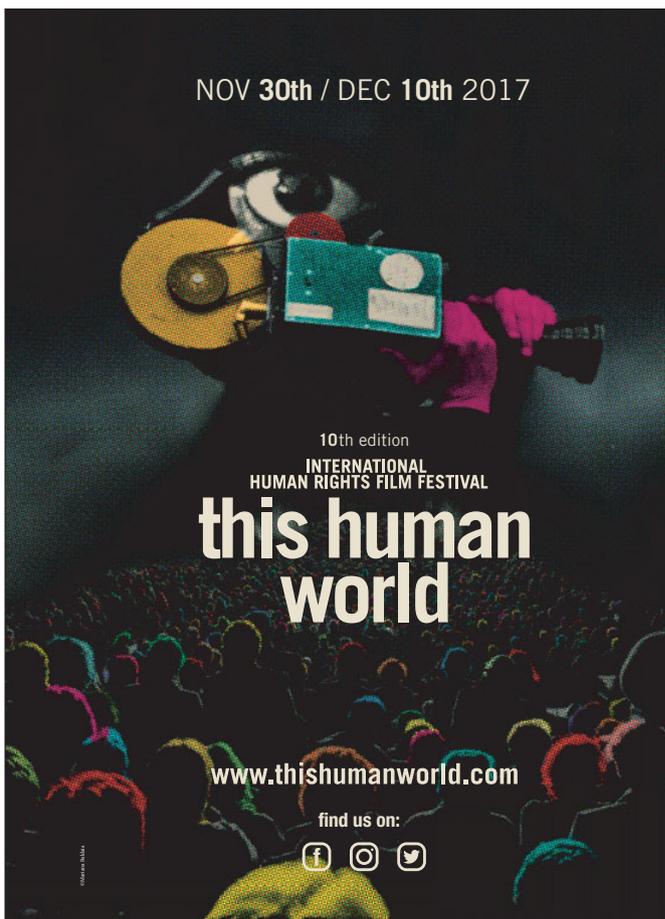


Wie man reisen sollte

Was haben der Bayer Konzern, die Deutsche Post, der Fußballverein HSV, die Toten Hosen und Greenpeace gemeinsam? Sie alle kompensieren zumindest teilweise das Treibhausgas CO₂, das durch ihre Aktivitäten in die Atmosphäre gelangt. Per Klimarechner lassen sich die entstehenden Kosten ermitteln, diese wiederum können, zumindest teilweise, an einen Dienstleister wie atmosfair überwiesen werden, der in Klimaschutztechnik investiert. Das ist nur ein praktiziertes Modell von vielen und die Frage ist, wie wir, die wir alle gewissermaßen Teil des Problems sind, möglichst ökologisch leben können? FAIRreisen ist eine Publikation, die unterschiedlichste Ansätze vereint, zwischen Ratgeber, wissenschaftlichen Fakten und erstaunlichen Details spielerisch wechselt. Autor Frank Herrmann war selbst über mehrere Jahre als Reiseveranstalter in Lateinamerika aktiv und hat dort auch Entwicklungsprojekte geleitet. Verkehr macht einen relevanten Anteil an der Klimaerwärmung aus. Also geht Herrmann die Sache grundsätzlich an: Gibt es überhaupt

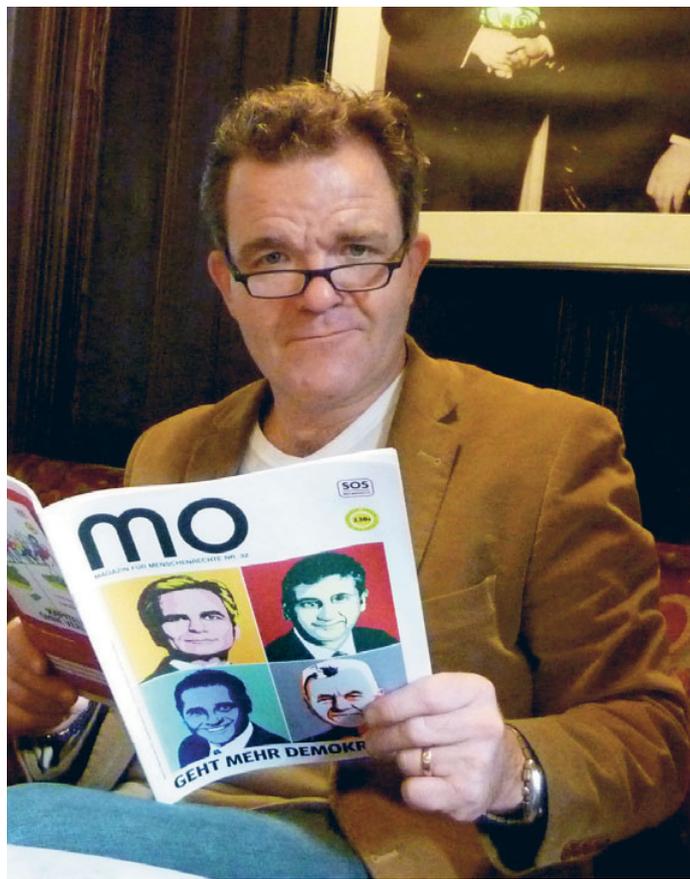
ein Menschenrecht auf Tourismus? Immerhin, so Herrmann, verbrieft die Erklärung der Menschenrechte von 1948 in Artikel 24 „das Recht auf Erholung und Freizeit“. Zudem sollte der Genuss der Ressourcen des Planeten allen Menschen gleichermaßen offen stehen. Zugleich müsse aber auch der Verantwortung späteren Generationen gegenüber entsprochen werden. Beides zu vereinen ist eine diffizile Aufgabe. Herrmann bringt aber auch soziale Fragen ein. Am Beispiel Honduras, das auf seiner Ferieninsel Roatan selbst Korallenriffe für Kreuzfahrtschiffe wegsprengte, führt er aus, wie touristischer Größenwahn die lokale Bevölkerung übergeht, die kaum von den Tourismuseinnahmen profitiert. Und auch in unseren Breiten hinterlässt der Massentourismus Spuren. In Deutschland sind 90.000 Menschen bei Reiseveranstaltern tätig, aber nur 62.000 sozialversicherungspflichtig. Die Gewinne der Unternehmen werden zumeist mit Personalabbau und Lohndruck erzielt. Für alle, die ihr eigenes Handeln reflektieren möchten, bietet das Buch eine reichhaltige Quelle. (red)

Frank Herrmann
FAIRreisen. Das Handbuch für alle, die umweltbewusst unterwegs sein wollen.
Oekom Verlag, 2016
328 Seiten, 19,95 Euro



**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

- MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

ZAHLUNGSART

- Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

- Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

DEMOKRATIE

Pass Egal Wahl Nachlese

Die Pass Egal Wahl 2017 hat mit einem neuen Beteiligungsrekord geendet. Fast 1.900 Menschen ohne österreichischen Pass gaben in Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt ihre Stimme ab. Menschen mit Pässen von mehr als 70 Ländern beteiligten sich. Hinzu kamen hunderte Solidaritätsstimmen von Menschen mit österreichischem Pass. Zahlreiche Prominente, darunter ORF-Star Dirk Stermann, Autorin Sabine Gruber, Regis-

seurin Carolin Pienkos, Schauspieler Cornelius Obonya, die Sängerin Eloui und der Musical-Star Drew Sarich, gaben ihre Stimme ab. Mit der Pass Egal Wahl ist die Hoffnung verbunden, dass in Zukunft mehr Menschen, die in Österreich ihren Lebensmittelpunkt haben, auch das demokratische Recht erhalten, sich an Wahlen zu beteiligen. Wie bereits bei den vergangenen Wahlen schnitten die Rechtsparteien sehr schwach ab.

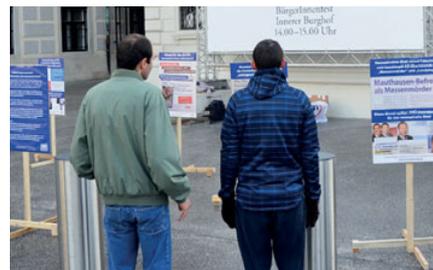


Trotz Lebensmittelpunkt in Österreich kein demokratisches Mitspracherecht.

EXTREMISMUS

Machtgewinn rechtsextremer Zirkel

Im Gegensatz zur Pass Egal Wahl, hat die offizielle Nationalratswahl einen Stimmen-gewinn für Rechtsparteien gebracht, auch für die extreme Rechte. SOS Mitmensch hat bereits vor der Wahl Recherchen veröffentlicht, wonach die FPÖ-Partei-führung seit Jahren eng mit rechtsextremen und neonazinahen Kreisen verflochten ist. Doch die Recherchen stießen damals in der medialen Öffentlichkeit weitgehend auf taube Ohren. SOS Mitmensch setzte seine Aufklärungsarbeit auch nach den Wahlen fort. Wir haben ein Dossier über das System der gegenseitigen Förderung von FPÖ und neonazinahen Kreisen vorgelegt. Darüber hinaus gestalte-



„Wanderausstellung“ über FPÖ-Verflechtungen. te SOS Mitmensch eine kleine „Wanderausstellung“, die im öffentlichen Raum über die FPÖ-Mitfinanzierung der Verbreitung von Antisemitismus, Rassismus und Neonazi-

sympathien informierte.

Wir haben auch ÖVP-Obmann Sebastian Kurz mit fünf Fragen konfrontiert. Kurz hatte sich vor Beginn der Verhandlungen mit der FPÖ in mehreren Wortmeldungen für „Null Toleranz“ gegenüber Antisemitismus, Rassismus, Extremismus, Sexismus und Menschenrechtsabbau ausgesprochen. Mit dem Beginn der Koalitionsgespräche hat er jedoch diesbezügliche keinerlei Bedenken mehr erkennen lassen.

SOS Mitmensch fragte nach. Antworten bekamen wir bis Redaktionsschluss jedoch keine.

Jubiläum: Vielen Dank für 25 Jahre

SOS Mitmensch wird 25 – und Sie haben großen Anteil daran! Wir danken allen SpenderInnen, SponsorInnen, KünstlerInnen, AbonnentInnen, InserentInnen und KolporteurInnen sehr herzlich für ihre Unterstützung, denn unsere Menschenrechtsarbeit finanziert sich ausschließlich aus privaten Mitteln. Wir freuen uns auf weitere 25 Jahre mit Ihnen!

21. Jänner: Matinee im Burgtheater!

Unter dem Motto „Zivilcourage unlimited!“ findet am Sonntag, den 21. Jänner um 11.00 Uhr im Wiener Burgtheater eine Matinee aus Anlass von 25 Jahre SOS Mitmensch statt. Der Kartenvorverkauf startet am 20. Dezember über www.burgtheater.at. Alle Infos zum prominent besetzten Programm und zum Kartenverkauf finden Sie auf www.sosmitmensch.at

Lichterkette rund um Regierungsviertel

Mit einer Lichterkette rund um das Regierungsviertel in Wien setzten viele Menschen ein Zeichen gegen die Übernahme von Ministerien durch Rechtsextreme. Die machtvollsten Ämter unserer Republik sollten ausschließlich von Personen geführt werden, die nicht das Geringste mit rechtsextremen Verbindungen am Hut haben.



Zehntausend bei Lichterkette rund um Regierungsviertel.

ANDERE ÜBER ...

KOMMENTAR

Die Unrechtschaffenen

Nichts wird uns schützen vor dem Hass derer, die wie moderne Pilze überall auftauchen. SOS Mitmensch wird wenigstens versuchen, die Schwächsten zu schützen.

KOMMENTAR: ELFRIEDE JELINEK

Es ist immer zu wenig. Aber Viel ist schon sehr viel, und viel ist es, was SOS Mitmensch für die Menschenrechte und die Demokratie leistet. Es ist ein Viel, das von einzelnen nicht zu erreichen ist, so sehr man sich auch bemüht. Andere sind immer noch mehr. Rassistische Gruppierungen, als die sich auch einzelne ausgeben, weil sie dann mehr sind, kommt mir vor, rassistische Gruppierungen, aber auch Einzeltäter, die längst nicht mehr verborgen agieren, sondern den Brustton der falschen Überzeugungen überall herausposaunen, in der unseligen Gewissheit, jetzt wären sie dran und hätten daher recht (die anderen natürlich: unrecht), sie tauchen inzwischen überall auf wie moderne Pilze, die durch ihr sehr normales Äußeres, das der Äußerlichkeit ihres Denkens entspricht, Genießbarkeit vortäuschen, denn wir sehen ja, wer zu uns gehört und wer nicht, sie schießen also förmlich aus dem Boden, die Unrechtschaffenen, sie bieten sich dem gesunden Volkskörper an, der nicht wissen will, dass er durch sie langsam vergiftet wird.

Modern und tüchtig

Sie sind in einem normalen Lauf der Dinge erschienen, und sie laufen jetzt selbst, sie haben laufen gelernt, sie halten sich fit, sie sind modern und tüchtig, das behaupten

sie zumindest von sich, aber gleichzeitig erzeugen sie Hass auf diesen Ablauf der Dinge, den normalen, einen schwelenden Hass, der genährt wird davon, dass sie nicht verstehen, was passiert. Aber sie fühlen sich immer als Übergangene und schaffen so den Übergang in etwas Schreckliches, das uns droht, falls ihr Einfluss sich mehrt. Hannah Arendt nennt das, bezogen auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, auf die Zwanziger Jahre, einen Hass, der sich auf niemand und nichts konzentrieren konnte, weil er niemanden fand, den er verantwortlich hätte machen können. Diesen dumpfen, diffusen Hass spüre ich jetzt wieder, auch ohne dass ihm ein Krieg vorangegangen wäre. Man kann Organisationen wie SOS Mitmensch gar nicht genug bewundern und loben dafür, dass sie sich etwas entgegenstemmen, das noch gar nicht da ist, weil es schon überall ist, in allen Poren der Gesellschaft. Nichts wird uns schützen. SOS Mitmensch wird wenigstens versuchen, die Schwächsten zu schützen. Das ist das meiste, was derzeit erreicht werden kann.



Illustration: Petja Dimitrova

ZUR PERSON

Elfriede Jelinek

Elfriede Jelinek, geboren 1946 in Mürzzuschlag, ist eine der bedeutendsten österreichischen Schriftstellerinnen. Ihr Roman „Die Ausgesperrten“ (1980) wird verfilmt, ebenso wie „Die Klavierspielerin“ (1983), die Michael Haneke mit Isabelle Huppert in der Hauptrolle inszeniert. Ihr Stück „Burgtheater“ (1985) setzt sich mit der mangelnden NS-Vergangenheitsbewältigung in Österreich auseinander, Jelinek wird daraufhin als „Nestbeschmutzerin“ diffamiert. 1989 widmet sich ihr Roman „Lust“ patriarchalen Machtverhältnissen, neuerlich wird sie Ziel von Anfeindungen. Im Theaterstück „Stecken, Stab und Stangl“ (1996) verarbeitet sie die neonazistisch motivierten Morde an vier Österreichern im Burgenland, die der Volksgruppe der Roma angehören. Es folgen Theaterstücke wie „Das Werk“, „Bambiland“ und „Rechnitz“ über die Ermordung von 180 Zwangsarbeitern zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Jelinek wird vielfach ausgezeichnet, darunter mit dem Heinrich-Heine-Preis, dem Georg-Büchner-Preis, dem Heinrich-Böll-Preis, dem Lessing-Preis, dem Franz-Kafka-Literaturpreis. Im Jahr 2004 erhält sie den Nobelpreis für Literatur.

MIT KARTE ZAHLEN, ZAHLT SICH IMMER AUS.



Wechseln Sie zur KontoBox mit DANKESCHÖN.

Bei jeder Bezahlung mit Ihren BAWAG P.S.K. Karten bekommen Sie 1% Ihrer Rechnung in DANKE vergütet.* Bei € 100,- Umsatz ist das z.B. ein DANKE im Wert von € 1,- für Sie. Jetzt auch online wechseln.

Mitten im Leben.
www.bawagpsk.com



*) Weitere Informationen zu den DANKESCHÖN Bedingungen finden Sie unter dankeschoen.bawagpsk.com

MATINEE IM BURGTHEATER

21. JÄNNER 2018, 11.00 UHR

25 JAHRE
SOS MITMENSCH
ZIVILCOURAGE
UNLIMITED!

MIT:
MASCHEK
MOZULUART,
ELISABETH ORTH
TIMNA BRAUER
CHRISTOPH UND LOLLO
STEFANIE SARGNAGEL
DIRK STERMAN
UVM.

Karten zu 7,- /5,- Euro.
Vorverkauf ab 20. Dezember 2017
an allen Burgtheaterkassen oder
über www.burgtheater.at.



Burg

Zahlungsreferenz „Jubiläumsspende“
www.sicherspenden.at/sosmitmensch
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590 | BIC: BAWAATWW

Danke für Ihren Beitrag!

SOS Mitmensch
Zollergasse 15/2, 1070 Wien
office@sosmitmensch.at
www.sosmitmensch.at